

MOMENT

Gazette für Menschenrechte 1/2008
Herausgeberin: SOS Mitmensch,
Postfach 220, A-1070 Wien,
<http://www.moment.at>



Gazette für Menschenrechte #10

AUF BESUCH BEI DER BETTEL-MAFIA

Was BettlerInnen über
sich selbst sagen

EDELGHETTOS FÜR ARME!

Interview mit
Vinzi-Pfarrer Pucher

DIE ARMUTSKONFERNZ

Strategien gegen
Beschämung



DOSSIER ARMUT

WAS DIE ARMEN WIRKLICH ÜBER UNS DENKEN



SCHOOL

Wie kann man Krankheiten erkennen, bevor sie ausbrechen?

Unsere Antwort: „Früherkennung und Vorsorge.“

Wir kombinieren modernste Labordiagnostik, bildgebende Verfahren und Informationstechnologie zu innovativen Methoden der Früherkennung. Damit ermöglichen wir gezieltere Diagnosen und verbessern entscheidend die Patientenversorgung. www.siemens.de/antworten

Answers for life.

SIEMENS

Arme bekämpfen statt
Armut bekämpfen.
Rechtskonservative
PolitikerInnen wollen die
Städte zugunsten einer
ordentlichen Ästhetik
säubern.
Bild: Bernhard Kummer



Liebe Leserin Lieber Leser

Armut ist unsichtbar. Vielleicht fallen die Reaktionen in reichen Ländern wie Österreich deshalb so empfindlich aus, wenn von Armut betroffene Menschen im öffentlichen Raum intervenieren. In jüngster Zeit haben sich rechtskonservative PolitikerInnen auf „organisierte“ BettlerInnen aus dem Osten eingeschossen und angekündigt, die Städte zugunsten einer „ordentlichen“ Ästhetik zu säubern. Wir haben die Menschen besucht und statt der „Bettel-Mafia“ nur EU-BürgerInnen getroffen, die über ihre sozialen Rechte ziemlich wenig wissen. Im Übrigen: Was sollte schlecht daran sein, dass prekarierte Menschen sich organisieren? Und was ist dagegen einzuwenden, dass von Arm nach Reich nicht nur zwischen Staaten, sondern auch auf individueller Ebene soziale Transfers stattfinden? Armut ist insbesondere dann unsichtbar, wenn illegalisierte Menschen von ihr betroffen sind. Illegalisierte scheinen in keiner Statistik auf und werden – wie Rubia Salgado von maiz kommentiert – auch von NGOs nicht immer mit Vehemenz gegen nationalstaatliche Exklusionen verteidigt. Armut ist also immer auch eine Frage der Perspektive. Das beginnt schon bei den Repräsentationstechniken der Medien. Geht es um Arme, fängt die Kamera sogleich Bilder des Elends ein. Dieser Blick reproduziert jene Attribute, die die Gesellschaft für von Armut betroffene Menschen oft bereithält: Scham und Beschämung, die leicht in eine subjektiv empfundene Handlungsunfähigkeit führen können. Das wird auch das Leitthema des nächsten Armutskonferenz-Treffens Anfang März, in Salzburg sein. Dort sollen Strategien gegen die Stigmatisierungsfälle gefunden werden. Martin Schenk von der Armutskonferenz weist darauf hin, dass Armut kein Schicksal, sondern ein Zustand ist, von dem jede/r betroffen sein kann. Das „wir“ und „sie“ als gesellschaftliche Exklusion erweist sich insofern als Machtpraxis, als sich das gesellschaftliche Gefüge besser stabilisieren lässt. Um diese Logik aufzuheben, erklärt Vinz-Pfarrer Pucher im Interview, warum die Armen alle Rechte haben. Mit unserer provokanten Frage auf dem Cover dieser Ausgabe haben auch wir uns erlaubt, diese Logik zu hinterfragen. Lesen Sie selbst, was sie zu Tage fördert.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MOMENT REDAKTION: c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9, redaktion@moment.at, www.moment.at **REDAKTION:**

Leitung: Gunnar Landsgeßell (gun), Gerfried Balzer (balz), Petja Dimitrova (Illustrationen), Bernhard Kummer (Bilder), Andrea Salzmann (Bilder), Philipp Sonderegger (phs), Paul Sturm (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Eva Bachinger (eba), Clemens Christl, Konrad Hofer, Karin Jirku, Helmut A. Kulterer, Elvier Kühlraum, Maria Sterkl, Rubia Salgado, Martin Schenk, Michael Weiß, Bernhard Kummer

PROJEKTLEITUNG:

Sabine Zhang

COVERBILD:

Jupiterimages GmbH

LEKTORAT:

Bettina Müller **GRAFIK:**

Markus Oswald (<http://www.allesnormal.com>) **DRUCK:**

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Pulverturmstraße 3A, A-1090

Wien **ANZEIGEN:** Bianca Wawra,

anzeigen@moment.at

T +43 1 524 99 00 - 40, **ABOS:**

Sabine Zhang, abos@moment.at,

T +43 1 524 99 00 - 66 **VERTRIEB:**

DerStandard, 40.000 Stück, Die

Bunte Zeitung, 15.000 Stück,

freie Verteilung, 20.000 Stück

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,

1070 Wien, T +43 1 524 99 00,

F +43 1 524 99 00 - 9, office@

sosmitmensch.at

<http://www.sosmitmensch.at>,

ZVR: 22747570 **AUFLAGE:** 75.000

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

OFFENLEGUNG: MOMENT

ist das Medium von SOS

Mitmensch gegen Rassismus

und Diskriminierung, für

Menschenrechte, Demokratie

und Migration. Der Nachdruck

der Beiträge ist bei Nennung der

Quelle und Übersendung von

Belegexemplaren ausdrücklich

erwünscht, wenn das Copyright

nicht ausgewiesen ist. Die Rechte

der Fotografien liegen bei den

UrheberInnen. Falls kein/e

UrheberIn ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



22 WER ARBEITET SOLL BEISSER HABEN

Was prekäre Jobs, Armutsunternehmer, geringfügig und gar nicht beschäftigte mit dem Zahnarzt zu tun haben. Bild: Fotolia.com



34 AUSGESPERRT

Flüchtlinge werden von Securitys bewacht und abgeschirmt, als wären sie eine Gefahr. Aber warum darf man mit den Bewachern nicht sprechen?

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Vogl mit Mission, Neue Polizei, Schubhaft: Was tun, wenn's brennt?

Dossier

10 UNTER BETTLERN

REPORTAGE VON EVA BACHINGER:

Die BettlerInnen Wiens sind Mitglieder der Mafia - behaupten rechtskonservative PolitikerInnen.

15 IN DER INNEREN STADT HERUMHUMPELN

INTERVIEW:

Ursula Stenzel erklärt Karin Jirku was organisierte Bettelei ist.

16 WAS DIE ARMEN WIRKLICH ÜBER UNS DENKEN

UMFRAGE VON ELVIER KÜHLRAUM:

Bilder von Armut können stigmatisieren. MOMENT macht mehr als nur die Perspektive zu wechseln.

18 ES MUSS EDELGHETTOS FÜR ARME GEBEN

INTERVIEW:

Warum für Arme andere Gesetze gelten. Vinzi-Pfarrer Pucher im Gespräch mit Maria Sterkl.

21 ILLEGALLISIERTE IN DEN DISKURS EINBRINGEN

KOMMENTAR VON RUBIA SALGADO:

Eine Politik der Nichtdiskriminierung ohne Bruch mit der Logik des Nationalstaates ist unrealistisch.





10 UNTER BETTLERN

Die BettlerInnen Wiens sind Mitglieder der Mafia. Behaupten rechtskonservative PolitikerInnen. Wir haben die Mafia besucht.

18 EDELGHETTOS

Im steirischen Vinzi-Dorf leben Menschen, die die Gesellschaft ausgespuckt hat, sagt Pfarrer Wolfgang Pucher.

22 WER ARBEITET SOLL AUCH BEISSER HABEN

ANALYSE VON MARTIN SCHENK:
Einkommen ohne Auskommen.
Mehr Beschäftigung durch Teilzeitjobs ohne existenzsichernde Sozialleistungen.

24 POSTER

26 STRATEGIEN GEGEN BESCHÄMUNG

RECHERCHE VON EVA BACHINGER:
Die Armutskonferenz rückt die Betroffenen selbst in den Vordergrund.

30 JETZT WÄRE ICH GERNE UNSICHTBAR

RECHERCHE VON KARIN JIRKU:
Wenn wir das Gesicht verlieren.

Politik

33 WELT-NEWS

Noch einmal Operation Spring, bitte!

34 AUSGESPERRT

REPORTAGE VON KONRAD HOFER:
Traiskirchen ist ein Sperrgebiet. Wie Securities Menschen bewachen, bleibt ein Geheimnis.

36 ARBEITSLOSE BALD FÜR ALLE!

FAZIT VON CLEMENS CHRISTL:
Das neue Arbeitslosengeld kaschiert massive Verschlechterungen für Arbeitslose.

Rubriken

37 NGO-NEWS

Innenministerium und Integration?
Passt nicht.

38 NEUES VON DER BOCK

Flüchtlingshelferin Ute Bock über den ganz normalen Wahnsinn.

39 SPOTLIGHT

PORTRAIT VON MICHAEL WEISS:
Hikmet Kayahan ist neuer Obmann von ENARA.

41 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

43 SO GESEHEN

KOLUMMNE VON MARTIN SCHENK
Kampfdrängeln: Warum warten nichts für Gewinner ist.

44 SOS MITMENSCH

Was gibt's Neues von SOS Mitmensch?

46 ANDERE ÜBER SOS MITMENSCH

KOMMENTAR VON BERNHARD KUMMER
Wie man eine Armutsreportage bebildern kann, ohne zu stigmatisieren.

A middle-aged man with grey hair, wearing a grey suit, a white shirt, and a red and white striped tie, stands with his arms crossed next to a dark-colored BMW car. He is smiling slightly. The car is parked on a cobblestone surface. In the background, there are trees with yellow autumn leaves and a white structure. The overall scene is outdoors during the day.

**Wie lange können wir
uns Reiche noch
leisten?**



MOMENTREAKTIONEN

Religions-Clash I

Buchkritik: „Allahs langer Schatten“

Liebe Redaktion, in der Buchkritik von Michael Lüders „Allahs langer Schatten“ erwähnt der/die Autor/in die „verwegene Konstruktion des Propheten Jesus als tatsächlichem Sohn Gottes“. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass im Islam der Koran quasi die „Inkarnation“ Allahs, nämlich seines höchstehenden, sakrosankten Wortes darstellt, ein Abbild nämlich einer im Himmel verwahrten Tafel. Ich überlasse es somit ihrer eigenen Phantasie, welches dieser beiden Konzepte „verwegener“, um nicht zu sagen abstruser oder abergläubischer ist. Spirituelle Inspiration durch den Erzengel Gabriel halte ich für ganz schön schräg! Freilich halte ich Aufklärungsarbeit in Sachen Islam für ein fundamentales gesellschaftspolitisches Anliegen des 21. Jh., vor allem in der westlichen Konsumgesellschaft. Frohe Festtage!
Wolfgang M.

Migrantisches Wien Islamisches Gymnasium in Wien

In Ihrem Artikel schreiben Sie: „Die Klassen sind gemischtgeschlechtlich, getrennt wird nur gebetet“: Bei meinem täglichen morgendlichen Lauf nach Schönbrunn komme ich an der islamischen Mittelschule vorbei, sehe dort kleine und größere Mädchen – alle mit Kopftuch und auch sonst behindernd bekleidet – anscheinend auf dem Weg zu einem, ihnen möglichen Turnsaal? Während die Burschen total „wir-wir“ unter großer Lärmentwicklung den Hof okkupieren – wobei dies auch in den öf-



Wo wurde diese Ausgabe von Moment gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@moment.at. Zu gewinnen gibts zwei Abos von MOMENT.

Bild: Paul Sturm

fentlichen Parks meines Bezirks der Fall ist (sie „gehören“ Buben und Burschen aus männlich sehr dominierten Kulturen). Fühle mich als österr. weibliche Staatsbürgerin unangenehm berührt. Übrigens: Wieviele Prozente Ihres MitarbeiterInnenteams leben in einem der Wiener Bezirke mit dem höchsten ImmigrantInnenanteil?

Brigitte T., 36 Jahre lang BHS-Lehrerin, 1150 Wien

Antwort: *Sehr geehrte Brigitte T.: Viele, aber das ist immer noch zu wenig! (Die Redaktion.)*

Fremdenrecht Poster zu Arigona Zogaj

Im Fall der Arigona Zogaj wurde überwiegend von Recht und Gesetzlichkeit gesprochen. Die Verteidiger der Abschiebung haben das Recht auf ihrer Seite.

Durch jene Gesetze, die sie selbst gemacht haben. Menschenrechte leiten sich immer vom Menschen ab. Nicht wie etwa das Fremdenrechtspaket, das sich von nationalistischer Immigrations-Paranoia beeinflussen lässt. Aufgrund der Menschenrechte müssen wir den Gesetzgebern nicht dankbar sein, dass sie Mindestmaße an Asylrecht gelten lassen, wie es ihnen die Konvention vorschreibt. Der Fall Arigonas zeigt nicht auf, was das Gesetz zu leisten im Stande ist, sondern wo seine Mängel liegen.

Stefan Antonik-Seidler

MOMENT Relaunch

Liebe Redaktion, ich gratuliere zur Neugestaltung von Moment, sehr gelungen und sicherlich lesefreundlicher! Vor allem fällt es jetzt ganz anders auf, wenn die

Kolporteure es anbieten. Lustig ist, dass Sie sich noch immer Gazette nennen, aber das ist wohl beabsichtigt?

Herbert L., Salzburg Taxham



Andruck bei der Druckerei Berger:
S. Zhang, SOS Mitmensch;
M. Oswald, Grafiker;
Wolfgang Russ, Druckerei Berger.

BÜROKRATIE

Am besten man macht es selbst

Sektionschef Matthias Vogl hat eine Mission: Der Gefolgsmann von Innenminister Platter will verhindern, dass Ressortfremde Unrichtiges über unsere Fremdenpolitik verbreiten.



Ständig zeichnen NGOs, ForscherInnen und die Medien ein völlig falsches Bild von der österreichischen Fremdenpolitik. Und weil man das in der Demokratie nicht wie im Ministerium einfach per Weisung abstellen kann, müssen andere Mittel und Wege gefunden werden.

Innenminister Platters Mann für Qualitätssicherung ist Sektionschef Matthias Vogl. Sein Bemühen, den Österreichischen Integrationsfonds als offizielle Forschungseinrichtung für Migration und Integration zu etablieren, konnte leider das Missgeschick nicht verhindern, dass die Österreichische Akademie der Wissenschaften den „2. österreichischen Migrations- und Integrationsbericht“ herausgegeben hat: Alarmstufe rot für alle, denen an der wahrheitsgetreuen Darstellung unserer Fremdenpolitik gelegen ist. Auch wenn die HerausgeberInnen ohnehin

betuern, es gehe ihnen nur um „die weitgehend objektivierte Darstellung“ (Vorwort) der Materie – sicherer erscheint es doch, die HerausgeberInnen davon zu überzeugen, dass Ministeriumsangehörige die Beiträge über das Fremdenrecht verfassen. Wie gut trifft es sich da, dass Sektionschef Vogl das von ihm verfasste Fremdenpolizeigesetz 05 gleich selbst evaluiert.

Ein anderes heikles Kapitel, jenes über Fremdenfeindlichkeit, wurde in dieser Ausgabe des Integrationsberichts übrigens gleich gänzlich gestrichen. Denn so etwas haben wir hier nicht und wenn wir hier so etwas hätten, dann gäbe es keinen Sektionschef, der „objektiviert“ darüber berichten könnte.

Auch ein wichtiges Betätigungsfeld für Vogl: Die Pflege des Andenkens ehemaliger ÖVP-InnenministerInnen. So konnte zum Jahreswechsel ein schönes „Liese-Pro-

kop-Gedenk-Fussballturnier“ durchgeführt werden. Weiters wurden im „Liese-Prokop-Wohnheim“ die nun auf „Liese-Prokop-Stipendien“ umgetauften Studierenden-Zuschüsse des ÖIF für anerkannte Flüchtlinge vergeben. Eine Umbenennung, die übrigens nicht deshalb erfolgte, weil der Integrationsfonds finanziell vom Innenministerium abhängig ist und von einem ÖVP-Mann geführt wird, sondern weil die Innenministerin menschlich war.

Aber auch Innenminister Platter selbst war nicht untätig. Lud er doch MigrantInnen- und Betreuungsorganisationen der Integrationsplattform zu sich ein, um einen eigenen Integrationsbericht vorzubereiten, der Ende Jänner präsentiert wurde. Eine zweite Sitzung für die Endredaktion passte dem Minister nicht in den engen Terminkalender. Außerdem schleichen sich bloß wieder Fehler ein – wenn man nicht alles selbst macht. *phs*



Bild links: Bei der Verleihung der Liese-Prokop-Stipendiums: Künstler Christoph Palaschke stellt ein Liese-Prokop-Porträt als Leihgabe zur Verfügung. Rechts: Gunnar Prokop.

Bild rechts: Fehler vermeidet man am besten, indem man alles selber macht: Sektionschef Matthias Vogl evaluiert sein eigenes Gesetz. Bilder: BMI/A.Thuma

KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Schubhaft abfackeln

Die Schubhaftbedingungen werden gerade im Gefängnis Hernald seit langem kritisiert. Jetzt ist dort ein Brandunglück passiert. Aber der erwartete Aufschrei bleibt aus.



Wie ist es um die kritische Öffentlichkeit Österreichs bestellt? Die Reaktion auf das Brandunglück im Hernalser Schubhaftgefängnis ist jedenfalls schwer irritierend: Es ist kurz vor Neujahr. Aus ungeklärten Gründen bricht in einer Einzelzelle ein Brand aus.

Der 17-jährige Insasse erleidet schwere Verbrennungen am ganzen Körper. Die Zelle war versperrt und erst nach einer Weile haben Nachbarhäftlinge den Brand entdeckt. Ein Aufschrei bleibt aus, good old Austria geht zur Tagesordnung über und feiert Sil-

vester. Kritische Fragen? Werden nicht gestellt. Wieso hat der Brandmelder versagt? Oder ist Einzelhaft ohne Brandschutzsystem vielleicht sogar vorschriftsmäßig – noch dazu auf „leicht entflammbarer Matratze“ (Ermittlungsergebnisse)? Schon als der Schubhäft-



Löschen, Hilfe holen und fliehen nicht möglich. Ein Minderjähriger erlitt schwere Verbrennungen in Schubhaft. Bilder: Hochmuth/ PictureDesk.com, Bernard Kummer

ling Andrzej Galaz 2005 von einem Mithäftling erstochen wurde, hat die österreichische Justiz in der Urteilsbegründung festgestellt: Die Unversehrtheit der Inhaftierten kann wegen mangelnder Ressourcen nicht gewährleistet werden. Dafür sei die Politik verantwortlich. Hat sich daran seither etwas geändert? Da wäre ein besonders sorgsames Hinschauen schon angebracht! *phs*

RASSISMUS

Neue Polizeiführung

Kommt mit der neuen Wiener Polizeiführung auch ein neuer Stil in Menschenrechtsfragen?

Wie geht es mit der Wiener Polizei und den Menschenrechten weiter? Ende 2007 wurden einige Führungsstellen neu besetzt. Der neue Polizeipräsident Gerhard Pürstl wurde mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht. Generalmajor Karl Mahrer, bisher stellvertretender Landespolizeikommandant, wurde nun mit der Funktion des Landespolizeikommandanten betraut. BeobachterInnen

analysierten die Umbesetzungen vor allem im Hinblick auf die internen Machtkämpfe, die in Folge der Polizeireform ausgebrochen waren und den Emporkömmling Roland Horngacher hinweggespült haben. Horngacher hatte sich mit missionarischem Eifer der Bekämpfung „afrikanischer Drogendealer“ verschrieben. In erster Instanz wurde er (nicht rechtskräftig) verurteilt, weil er dafür

gesorgt hatte, dass 14 Afrikaner aus einem Kasino im Wiener Prater gewiesen und polizeilich überprüft wurden, obwohl dafür kein Grund bestand. Der ehemalige Präsident Peter Stiedl wiederum hat mehrmals verteidigt, dass die BeamtenInnen, die in den Tod von Seibane Wague bzw. die Misshandlung von Bakary Jassey verwickelt waren, weiter Dienst versehen.

Der neue Chef der Uniformierten hat schon als Stellvertreter in zarten Ansätzen erkennen lassen, dass er in Punkto Menschenrechte und Antirassismus einen neuen Kurs nehmen will. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Führungsriege hier etwas ausrichten will und kann. *phs*

Diese Bettler machen uns reich.

UNTER BETTLERN

Die BettlerInnen Wiens sind Mitglieder der Mafia. Behaupten rechtskonservative PolitikerInnen. Wir haben die Mafia besucht.

Text: Eva Bachinger, Bilder: Bernhard Kummer



Von diesen Bettlern geht man reich nach Hause. Reich an Eindrücken, reich, weil die Gesichtsmuskeln spannen, vor Lachen. Das turbulente Leben und die Lebensfreude trotz der Enge in einer etwa 45 m² großen Wohnung mit zehn Erwachsenen und drei Kindern hinterläßt tiefen Eindruck. Sina sitzt auf drei übereinander gestapelten Matratzen, die schwarzen Haare hat sie zu einem langen Zopf geflochten. Falten ziehen sich schon jetzt Anfang Dreißig durch ihr Gesicht: Das Leben als Bettlerin und Putzfrau hat Spuren im Gesicht der Analphabetin hinterlassen. „Warum? Warum?“, entfährt es ihr verärgert, wenn man sie fragt, warum sie und andere auf Wiens Straßen stundenlang betteln. „Weil wir zu Hause keine Arbeit haben, weil wir viele Kinder haben. Wir müssen sie ernähren“. Es ist für sie logisch, dass sie hier ist.

Es ist eine andere Welt, mitten im reichen Wien, wenn man ihre Wohnung betritt. Das Haustor ist nicht verschlossen, es gibt kei-

ne Gegensprechanlage in diesem baufälligen Altbau. Das Steinpflaster ist beschädigt. Hier bringt die Post nichts mehr: Die Postkästchen sind zerbeult und aufgebrochen. Im Erdgeschoss, vorbei an Gangtoiletten, hat Sina hinter einer unlackierten Holztür eine Substandard-Wohnung: Küche mit Dusche, ein Wohnzimmer und ein Schlafkabinett. Ein gelber und weißer Vorhang trennt das Schlafgemach vom Wohnzimmer. Abends brennt dort warmes Licht. Auf den blauen, befleckten Teppichboden haben sie einen hübschen, beige-blauen Teppich gelegt. „Den haben wir auf der Straße im Müll gefunden“, erzählt sie. Fernseher, Waschmaschine, Kühlschrank – alles da, auf engstem Raum.

Drei Hosen statt eine Wenn Sina und ihre MitbewohnerInnen auf der Straße sitzen und betteln, machen sie ein trauriges, leidendes Gesicht. Die Kinder, apathisch und still neben den Erwachsenen, auf einer Decke oder im Schoß der Mutter. „Das ist gegen die

Natur von Kindern, die einen Bewegungsdrang haben“, meint Norbert Ceipek vom Wiener Krisenzentrum „Drehscheibe“. Bei dem lang gedienten Sozialpädagogen landen die Kinder, wenn ihre Eltern wegen „aggressiver Bettelei“ festgehalten werden und wegen der Strafmandate eine Haftstrafe verbüßen müssen. Hier in der Wohnung toben die sechsjährige Andreea und ihr kleiner Bruder Manu ungebremst herum. Sie sind begeistert über den Besuch, plappern vor sich hin, auch wenn man kein Wort versteht. Sie sind offen, hüpfen auf den Matratzen herum und lachen. Sie unterhalten die Runde der Erwachsenen. Alle lachen. Es fällt kein böses Wort.

Viele Passanten auf Wiens Straßen wenden ihren Blick von den Bettlern ab, von ihrer Armut. Um sich gegen die winterliche Kälte zu wappnen, tragen sie mehrere Schichten Kleidung. Besonders die Frauen laborieren immer wieder an Nierenleiden und Entzündungen. „Es macht uns keinen Spaß in der Kälte zu sitzen und zu frieren, aber was sol-



In Rumänien habe ich über drei Monate eine Hose. Hier habe ich drei." - Florian arbeitet am Bau.



„Wir fahren mit dem Auto oder dem Zug. Ganz normal. Wir haben ein Ticket, für die Kinder Ermäßigung. - Sina vermietet ihre Wohnung auch an andere Bettler.“

VIELE PASSANTEN AUF WIENS STRASSEN WENDEN IHREN BLICK VON DEN BETTLERINNEN AB, DIE SICH GEGEN DIE WINTERLICHE KÄLTE MIT MEHREREN SCHICHTEN KLEIDUNG WAPPENEN.

len wir tun? Wir würden gerne auf das Betteln verzichten“, sagt eine müde Dana.

In der Wohnung ist es warm, das Geschirr abgewaschen. Auf dem Ofen köchelt eine Suppe. Eine feine, graue Strähne fällt ihr ins Gesicht. Sie ist erst 29. Gastfreundlichkeit ist ihr oberstes Gebot, auch wenn sie abgekämpft wirkt. „Wir haben hier sehr viel Stress. Ich habe immer Angst vor der Polizei, davor, dass mir mein Kind weggenommen wird“. In dem etwa 20 m² großen Wohnzimmer und im Kabinett liegt eine Matratze neben der

anderen. Die Männer liegen darauf, Kosmir raucht, Florin hustet. Er versteckt sich in seiner Kapuzenweste. Er hat Fieber, ist seit Tagen krank. Eine Katastrophe für jemanden, der unangemeldet am Bau arbeitet und nicht krankenversichert ist. „Pro Tag verdiene ich hier 30 Euro. Für zwölf Stunden Arbeit. Zuhause bekomme ich dafür sechs Euro“, erzählt er. Nun verdient er gar nichts. Für ihn ist es selbstverständlich, dass er hier ist. Auch seine Rechnung ist einfach. „In Rumänien habe ich über Monate nur eine Hose. Hier habe ich drei.“ Sie holen sich die Kleidung von der Caritas. „Wenn wir nach Wien kommen, sind wir auf alle Fälle glücklicher als zuhause.“

Ganz normal – mit dem Bus Die meisten BewohnerInnen hier sind Roma. Sie geben es nicht offen zu. „Sie befürchten eine Fortsetzung des negativen Klischees.“; interpretiert der Sozialpädagoge Ceipek ihre Zurückhaltung. Alle kommen aus Rumänien, aus dem kleinen Dorf Cimpulung Museel,

in der Nähe der Stadt Pitesti. In Rumänien leben fast zwei Millionen Roma, in ganz Europa sind es zehn. Immer wieder wurde das Volk der Roma mit Vertreibung, Diskriminierung und Ermordung konfrontiert. Die AnalphabetInnen- und Arbeitslosenrate ist hoch: Laut einer aktuellen Studie des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) schließen 75 Prozent der Roma-Frauen die Grundschule nicht ab, ein Drittel kann weder lesen noch schreiben. Roma erfahren achtmal häufiger Langzeitarbeitslosigkeit als Nicht-Roma.

Sinas Wohnung ist eine von mehreren Unterkünften für Bettlerfamilien in Wien. Sie vermietet die Matratzen und verdient damit auch Geld. Die Erwachsenen müssen pro Matratze bis zu 150 Euro zahlen, für ihre Kinder nichts. Die Fahrt von Rumänien nach Wien kostet 120 Euro. „Wir fahren mit dem Autobus oder mit dem Zug. Ganz normal. Wir haben ein Ticket, für die Kinder Ermäßigung“, erklären sie. Meldezettel werden



Cimpulung Museel, Rumänien. Hier kommen Florian, Kosimir, Sina, Mona und Adriana her.

gegen 50 Euro vergeben. Wenn die Frauen unterschreiben müssen, malen sie die Buchstaben von ihren gedruckten Namen auf den Unterlagen ab. Die Männer können lesen und schreiben, haben Fachausbildungen wie Kosmir, der Automechaniker ist. Er würde gerne wieder in seinem Beruf arbeiten. Kosmir ist froh über seinen derzeitigen Chef auf der Baustelle, obwohl er ihm eine Anstellung verweigert. „Aber er zahlt wenigstens“.

Passvermerk: Bettler Seit Jänner 2007 sind die RumänInnen EU-BürgerInnen. Das schützt sie allerdings nicht vor seltsamen Notizen in ihren Pässen: in drei Pässen der Frauen in Sinas Wohnung ist handschriftlich „Bettlerin“ und „§2 WLSG“ (Paragraf des Wiener Landessicherheitsgesetzes, in dem die Bettelerei geregelt ist) eingetragen. BeamtInnen des Kommissariats Brandstätte im 1. Wiener Gemeindebezirk hätten das gemacht, beteuern die Frauen. Peter Goldgruber, Leiter der sicherheits- und verkehrspolizeilichen Abteilung der Polizei in Wien, sagt, die Einträge stammen von deutschen KollegInnen. Schließlich sei auch ein deutscher Grenzkontrollstempel dabei. Schaut man sich die Pässe genau an, findet sich aber kein Stempel von deutschen Behörden. Und ein deutscher Polizist würde wohl auch nicht einen

DA SITZT EIN JUNGE IN DER KÄLTE DÜRFTIG BEKLEIDET UND MIT NUR EINEM BEIN, DA STEHT EIN MANN MIT EINEM PONY. UND IMMER WIEDER: FRAUEN MIT KLEINEN KINDERN, SITZEND AUF DEM KALTEN BODEN.

Paragrafen eines Wiener Landesgesetzes eintragen. Der Menschenrechtskoordinator der Wiener Polizei, Friedrich Kovar, hat eine Untersuchung eingeleitet, ob die Vorwürfe zutreffen. Die Sache liegt derzeit bei der Staatsanwaltschaft und im „Büro für besondere Ermittlungen“. Ein Polizist darf keine handschriftlichen Einträge in Reisepässe machen. „Es macht polizeilich eigentlich keinen Sinn, außer man will jemanden ausschließlich diskriminieren.“, so Kovar. Für die Grenzkontrolle sei der Eintrag wertlos. „Der Beamte hat keine rechtliche Grundlage, die Person deswegen aufzuhalten, zu durchsuchen oder Geld zu konfiszieren“.

Stumm dürfen sie bleiben Auf der belebten Wiener Mariahilferstraße fühlen sich PassantInnen angesichts so mancher Bettel-

rInnen in eine andere Zeit versetzt: Da sitzt ein Junge in der Kälte dürftig bekleidet und mit nur einem Bein, da steht ein Mann mit einem Pony. Und immer wieder: Frauen mit kleinen Kindern, sitzend auf dem kalten Boden. „In der Vorweihnachtszeit habe ich auf der linken Straßenseite neun Bettler gezählt, auf der rechten elf“, schildert Sozialpädagogin Ceipek. Er macht immer wieder seine Runden und schaut wie es den Kindern geht. „Es ist schlimm“, sagt ein Passant im Einkaufstrubel, „aber so wird man auch mit der Armut konfrontiert.“ „Die sollen arbeiten, die gehören zur Polizei.“, schimpft eine ältere Dame in dicken Nerz gehüllt. Stumm dürfen die BettlerInnen um Geld bitten, aber nicht laut, nicht aggressiv, nicht organisiert. Und sie dürfen die Eingänge zu Kirchen oder Geschäften nicht verstellen. Wer erwischt wird, bekommt eine Verwaltungsstrafe von bis zu 700 Euro. Wer nicht zahlen kann, muss ins Gefängnis. Maria B. hat 19 solcher Strafverfügungen. Ein Beamter war am 13. September besonders fleißig: An dem Tag erhielt die Frau vier Strafmandate innerhalb weniger Stunden: um 13.30 Uhr, 14.55, 15.50 Uhr, 16.37 Uhr, viermal mit der wortgleichen Begründung. „Die Bettler vor dem Stephansdom haben die Eigenheit, dass sie oft den Eingang verstellen.“, erklärt der Polizei-

beamte Goldgruber das Vorgehen. Weil die Frau 1.042,92 Euro nicht parat hatte, musste sie für sechs Wochen ins Gefängnis. Ihr dreijähriges Kind wurde in der „Drehscheibe“ untergebracht. „Ohne Übersetzer, kommentarlos. Die Mutter wusste nicht, was mit ihrem Kind passiert“, ist ein österreichischer Freund, Dieter Wabnig, erbost.

Wir helfen uns selbst „Mafia, Mafia!“, Sina macht nur eine abwehrende Handbewegung, „wir helfen uns gegenseitig“. Ja, manche seien kriminell, stehlen, aber sie nicht, sagen alle auf einmal. „Wir werden mit denen in einen Topf gesteckt.“, meint Kosmir. „Es stimmt einfach nicht, dass wir alle für andere, für die Mafia betteln würden“.

Dass sie das erbettelte Geld alle paar Stunden ihren Ehemännern oder anderen Verwandten geben, finden die Frauen wichtig. Denn die Polizei hat das Recht es zu konfiszieren. In den Strafverfügungen kann man die bescheidenen Beträge nachlesen: 6,23 Euro, 5,58 Euro oder 8,80 Euro. Um der Polizei zuvor zu kommen, schauen die Männer – falls sie nicht arbeiten – immer wieder bei den Frauen vorbei und bringen das Geld nach Hause, erzählen sie. Die Polizei spricht von organisierter Bettelei, weil die miteinander verwandten Frauen Blickkontakt zueinander halten; und von „Hintermännern“ in der Heimat, die ihnen den Großteil ihres Geldes wieder abnehmen würden. Es gibt die Annahme, dass manche BettlerInnen haus hoch verschuldet seien und für einen „Capo“ betteln müssten. Sie würden nach dem Prinzip „Aufpasser und Abkassierer“ agieren, wird über die Medien verbreitet. „Für Graz kann ich ausschließen, dass es organisierte Bettlerkriminalität gibt“, ist sich Pfarrer Wolfgang Pucher von der Obdachlosenstelle „Vinzidorf“ in Graz sicher. Er hat den Eindruck, dass generalisiert werde: Einzelfälle werden auf alle BettlerInnen ausgedehnt. Datenmaterial gibt es kaum.

Auch der Sozialarbeiter Ceipek spricht von Hintermännern in der Heimat, die alles organisieren und mit dicken BMWs herumfahren würden – inmitten bitterer Armut. „Wenn ich das sehe, bekomme ich einen wirklich dicken Hals. Die wahren Opfer sind die Frauen und die Kinder“. Er betont, dass man allerdings unterscheiden müsse zwischen Straßenkindern, die zum Stehlen angehalten werden und Kindern, die mit ihren Eltern oder Verwandten betteln. Für ihn ist ein Indiz für die Existenz von mafia-ähnlichen Strukturen, dass sie Geld für den Reisepass, Transport, Miete und Meldezettel haben. Der Po-



In der Bettlerwohnung: das Geschirr ist abgewaschen, am Herd köchelt eine Suppe.

JUNGUNTERNEHMEN DES JAHRES: ORBIT

BettlerInnenkonsortium als innovativstes JungunternehmerInnen-Konzept gekürt.

Einstimmig hat die aus hochkarätigen Führungskräften aus Wirtschaft und Politik bestehende Fachjury der Plattform „Jungunternehmen des Jahres“ dieses Jahr das Unternehmen OrBIT - „Organisierte Bettelei International“ zum Gewinner erklärt. OrBIT konnte in beinahe allen preisentscheidenden Kategorien die Konkurrenz hinter sich lassen. Zahlreiche innovative Ideen machen ihr Geschäftsmodell zu einem leuchtenden Vorbild und Modell für die Zukunft der heimischen Wirtschaft:

Leistungsabhängige Bezahlung: Blaumachen und laschieren ist durch das Optimieren der Anreizstruktur quasi ausgeschaltet: Der persönliche Akquise-Erfolg im Außendienst ist ausschlaggebend für das, was für jede/n MitarbeiterIn in der Lohntüte übrig bleibt.

Minimierung des Krankenstands: Nicht nur aufgrund der klaren Anreizsetzung (keine Arbeit – kein Lohn) ist dem Krankfeiern des Personals ein Riegel vorgeschoben. Krank zur Arbeit zu erscheinen kann bei angemessener Inszenierung sogar den Akquise-Erfolg steigern.

Brand recognition: Durch die Firmen-Policy, MitarbeiterInnen ihre eigene ärmliche Kleidung als Arbeitsoutfit zu belassen, wird nicht nur das Geld für Arbeitskleidung ge-

spart, sondern auch gegenüber der Kundschaft für ein makelloses Bild authentischer Armut gesorgt. OrBIT-MitarbeiterInnen sind auf den ersten Blick als solche zu erkennen, ohne dass in aufwändige Ausgaben für Firmenlogos, Werbesprüche etc. investiert werden müsste.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Das Personal wird ermutigt, pflegebedürftige Angehörige, insbesondere Kleinkinder, zur Arbeit mitzunehmen. Die dadurch gesparten Betreuungskosten ermöglichen eine entsprechende Verschlinkung der Lohnsumme, und die mitgebrachten Angehörigen können in das gewünschte Image zu Werbezwecken integriert werden.

Motivation: Das Personal zeichnet sich durch ein Höchstmaß an Einsatzbereitschaft und Flexibilität aus. Das Bewahren einer Haltung permanenter Unterwürfigkeit und die Massenproduktion von Gesten und Worten des Bittens und der Dankbarkeit erfordern einen hohen Grad an Geduld, nervlicher Belastbarkeit, innerer Disziplin und darstellerischem Talent. Der Umgang mit Reklamationen und Dienstleistungs-Zurückweisung durch die Kundschaft verlangt außergewöhnliche mentale Fähigkeiten, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt rar sind.

Helmut A. Kulterer



Andreea und Manu. In der Wohnung toben sie ungestüm umher.



DIE STADT WIEN WILL IN ZUKUNFT DAS BETTELN MIT KINDERN VERBIETEN – UM DIE KINDER ZU SCHÜTZEN. MAN HÖRT ABER AUCH, DASS ES DER STADT UM „SOZIALE STADTBILDPFLEGE“ GEHE.

Polizei ist sicher nicht die richtige Organisation, um das Problem zu lösen. Derzeit werden die BettlerInnen nur „beamtshandelt“, weggeschickt, gestraft; müssen für fremdenfeindliche Äußerungen herhalten. Betteln hat einen negativen, kriminellen Touch bekommen. „Manche Passanten beschimpfen uns und spucken uns sogar an.“, erzählt Mona. „Dabei ist die größte Bettelorganisation Österreichs die Kirche. Und sie ist dazu auch noch aggressiv, weil sie die Leute moralisch unter Druck setzt.“, sagt Pfarrer Pucher zornig über die Stimmung gegen BettlerInnen. „Über die Ursachen denkt niemand wirklich nach.“, kritisiert auch Barbara Liegl vom Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit (ZARA). „Würde man statt Vorurteile zu schüren über die Ursachen aufklären, wäre vielleicht das Verständnis für Bettler größer und die Ablehnung geringer.“ Geld ist genügend da: Die EU, die Weltbank, die OSZE u.a. finanzieren die Roma-Dekade von 2005 bis 2015 – mit Konzentration auf die osteuropäischen Länder. Aber nicht alle bisher realisierten Projekte sind sinnvoll. Die Betroffenen werden in die Überlegungen nicht einbezogen. „Da werden mehrstöckige Wohnsilos hingestellt und dann wundert man sich, wenn Pferde auf dem Balkon im 3. Stock herum stehen.“, berichtet Liegl. Auch Ceipek erzählt von einem Projekt in Tschechien, wo Roma aus einem zur Verfügung gestellten Fußballplatz einen Kartoffelacker machten. „Manchmal frage ich mich schon, warum nicht mit den Leuten geredet wird, warum man sie nicht einfach fragt, was sie brauchen.“, so Liegl.

Der Abschied aus der kleinen Wohnung zieht sich hin, immer wieder entstehen Gespräche, neue Fragen tauchen auf. Man muß versichern, bald wieder zu kommen. Das Mädchen Andreea will das Versprechen schriftlich. Nachdem alle Hände geschüttelt sind, kommen Mona und Adriana noch mit bis auf die regennasse Straße, in die Kälte. Sie winken lachend.

lizist Kovar spricht von Familien, in denen der Vorsteher alles bestimme. „Wir betteln nur für uns selbst, für unsere Familien. Betteln für andere würde sich doch überhaupt nicht lohnen.“, sagt dazu Mona.

Wissen nichts von ihren Rechten

Die Stadt Wien will in Zukunft das Betteln mit Kindern verbieten – um die Kinder zu schützen. Man hört aber auch, dass es der Stadt um „soziale Stadtbildpflege“ gehe. Die wenigsten können mit Armut umgehen und wollen sie nicht sehen. Die Tourismusstadt Wien will keine bettelnden Kinder am Kohlmarkt. Da immer wieder berichtet wird, dass alle BettlerInnen Geld abgeben müssten, schenken ihnen viele Passanten Essen, den Kindern auch viel Schokolade. Die Vorgangsweise der Polizei verstehen die Frauen oft nicht. Es werde ihnen in ihrer Sprache nichts erklärt, schriftliche Informationen könnten sie nicht lesen, berichten sie. Offenbar haben sie nur Kontakt zu PolizistInnen und mit dem Jugendamt, wenn ihre Kinder untergebracht werden müssen. Ceipek von der „Drehscheibe“ organisiert sich bei Beratungen zumindest einen Übersetzer von der jeweiligen Botschaft. Von Sozialhilfe, ih-

ren Rechten als neue EU-BürgerInnen, von Deutschkursen wissen sie nichts. Dabei ist es nicht so, dass sie nur betteln wollen: „Ich kann gut arbeiten, abwaschen“, versichert Dana. Sie bedrängen einen geradezu mit Fragen, wollen ihre Situation ändern, wissen aber nicht wie. Keiner fragt sie, was sie eigentlich brauchen. Ein siebenjähriges Kind in einer anderen Wohnung hat ein steifes Kniegelenk. Kann es ein Arzt kostenlos operieren? Wird eine schwangere Frau mit Wehen im Krankenhaus abgewiesen? Kosmir wünscht sich ein Deutsch-Rumänisch-Wörterbuch. Am Schluss des Besuches verrät er seinen Traum: Er würde gerne eine Baufirma gründen. „Wie geht das?“

Kartoffeln statt Fussball Bei den Sozialorganisationen fallen die ausländischen BettlerInnen offenbar auch durch. Das Vinzidorf in Graz und in Wien versorgt sie mit Essen oder einem warmen Bett. Aber Streetwork für Bettler gibt es nicht. Ceipek findet Hilfe für Roma schwierig, da sie einen starken Zusammenhalt hätten und deswegen nicht offen seien. „Das ist die ärmste Schicht in Osteuropa. Als Außenstehender kommt man an sie nicht ran.“ Klar ist: Die

INTERVIEW MIT URSULA STENZEL

In der Inneren Stadt herumhumpeln

Ursula Stenzel sieht Busse voll mit Bettelbanden in Wien landen. Was organisierte Bettelei ist, erklärte sie Karin Jirku.

Frau Stenzel, Sie treten für eine „urbane Ästhetik“ ein. Stören BettlerInnen Ihr Bild von Ästhetik?

Nein, das hat damit gar nichts zu tun. Dass in Wien aber immer noch gebettelt wird, halte ich für höchst fragwürdig. Das ist ein Versagen der Politik in den Ländern, aus denen die Bettler kommen.

Wie erleben die BewohnerInnen des ersten Bezirks die Bettelei?

Fragen Sie bei den Geschäftsleuten nach. Da sieht man um sechs Uhr früh Busse am Stephansplatz, Menschen werden ausgeladen und mit Krücken versorgt. Da sind welche dabei, die vorher munter gehen und dann plötzlich hinken (lacht).

Woher kommen denn die Busse mit den Menschen?

Das weiß ich noch aus meiner Jugend, das sind Roma und Sinti. Die kommen aus Bulgarien und Rumänien, aus Ländern, die von der EU Strukturhilfe erhalten. Darin sind auch Sozial- und Erziehungsprogramme in einer Höhe von 18,5 Millionen Euro abgedeckt. (Anm.: von 2007 bis 2013, K.J.).

Wohin fließt das ganze Geld?

Da muss ich spekulieren. Scheinbar kommt zu wenig dort an. Jedenfalls ist es nicht mehr gerechtfertigt, dass diese neuen EU-Staaten ihre sozialen Probleme in Form organisierter Bettelei exportieren.

Was verstehen Sie denn unter „organisiert“ betteln?

Die Mafia! Die kommen in Bussen und sind EU-Bürger! Und das ist dann in erster Linie ein Sicherheitsproblem.

Mal konkret, wie reisen die BettlerInnen organisiert über die Grenze?

Ich glaube nicht, dass sie an der Grenze sagen: Wir kommen zum Betteln rüber. Sie reisen wöchentlich als Touristen ein. Manche sind sicherlich hier in Wohnungen in Hernals oder Favoriten menschenunwürdig untergebracht. Da wird berufsmäßig und organisiert gebettelt.

Wie passiert denn das organisierte Betteln explizit in Wien?

Durch Kinder. Ein mir bekannter Rechtsanwalt hat Kinder in Innenstadtkafés am Graben fotografiert, wo sie ihren Kontrolloren das Geld abliefern mussten. Die trinken dort Kaffee. Die Polizei kann wenig machen, Kinder kann man nicht verhaften.

Werden die Roma und Sinti in Wien reich?

Für dortige Verhältnisse sind ein paar Euro viel wert. Der Wohlstand Wiens wirkt wie ein Magnet. Ich sehe aber nicht ein, warum Kinder und



Bild: Ursula Stenzel, ÖVP

Frauen zum Betteln angehalten werden. Das ist ähnlich arg wie Frauen- und Menschenhandel und in der heutigen Zeit der EU Erweiterung nicht mehr legitim!

Was sollen diese Menschen Ihrer Meinung nach tun?

Also eine Frau, die hübsch und jung ist, muss doch nicht vor der Malteserkirche auf der Kärntnerstraße knien und betteln. Oder meinen Sie, das muss sein?

Was raten Sie dieser jungen Frau ohne Job und Ausbildung?

Es gibt so viele Möglichkeiten, auch in den eigenen Ländern. Diese Länder holen stark auf. Es gibt Tourismus, Landwirtschaft und Industrie. Da braucht man doch jede Hand!

Wird diese Frau also einfach von der Mafia rekrutiert, um zu betteln?

Ob sie rekrutiert wird? Ja, und zwar mafiamäßig! Ich sehe es nicht als humane Perspektive an, wenn Menschen, die zuhause ihre Chancen bekommen, in Wien ihre Hand aufhalten und in der Inneren Stadt herumhumpeln.

Was also tun gegen organisierte Bettelei?

Betteln ist kein Programm zur Armutsbekämpfung. Und es gibt ja auch Maßnahmen. Meistens sind es ja auch drogenabhängige Jugendliche, nicht nur ausländische.

Betteln Ausländer eigentlich anders als Inländer?

Inländer betteln aus dem Guten heraus, man täuscht zum Beispiel eine Schwangerschaft vor, erzählt „a' G'schicht“. Das sind oft kultiviert wirkende junge Menschen. Das ist erschütternd.

Und wie betteln Ausländer?

Wir wissen, dass das in erster Linie Roma und Sinti sind. Das sind Bettelbanden.

Geht es wirklich um organisierte Bettelei oder ist das nicht eher Rassismus, dass man Roma und Sinti einfach nicht auf den Straße sehen mag, wo so viele Touristen sind?

Das hat nichts mit Rassismus zu tun. Ich würde es auch ablehnen, wenn es Banden von Engländern wären.

Wie haben Sie die organisierte Bettelei persönlich erlebt?

Zum Beispiel kommt ein Kind auf mich zu, mit einer Rose. Ich denke mir: „Ach, mein Gott!“, und dann sagt dasselbe Kind: einen Euro! Das ist eine Form von organisierter Bettelei. Zwar nett verpackt, aber man darf nicht vergessen: Das sind Bettelunternehmer!

Die einen haben zum Leben zu wenig, andere kommen aus dem Hamsterrad nicht raus.

WAS DIE ARMEN WIRKLICH ÜBER UNS DENKEN



„Manche Wohlhabende müssen zumindest am Anfang ihrer Karriere extrem viel arbeiten für ihr Geld. Und wenn man 18 Stunden am Tag beschäftigt ist, dann kann man keine Distanz mehr zu sich aufbauen, weil man nicht mehr nachdenken kann. Das ist nicht gut.“

Sebastian Baciu, Publizistikstudent

Bilder von Armut können stigmatisierend wirken. Moment begnügt sich nicht, die Perspektive einfach umzudrehen.

Text und Dokumentation: Elvier Kühlraum, Bilder: Bernhard Kummer

Wenn wir Bilder von Armen in Magazinen, im Fernsehen oder bei Spendenaufrufen sehen, dann wird dort meistens eine ganz bestimmte Bildsprache verwendet: Die Blickachse geht von oben nach unten. Auch wenn die Person sitzt oder steht, ihre Augen befinden sich unterhalb unserer Blickachse – wir können auf sie hinabsehen. Denn Arme sind Opfer. Meistens kauern Arme am Boden, manchmal reckt eine Hand empor. Es ist auch typisch, dass Arme in Situationen gezeigt werden, in denen sie warten: bettelnd, vielleicht am Tisch sitzend oder in einer Schlange stehend. Oft scheint die ganze Umgebung still zu stehen. Diesen Eindruck erreichen FotografInnen zum Beispiel, indem große leere Flächen das Bild dominieren. So wirken die Dargestellten passiv, sie lassen ihr Schicksal über sich ergehen. Arme werden kaum als aktive HandlungsträgerInnen dargestellt, die ihre Zukunft dynamisch in die Hand nehmen.

Diese Darstellungsform – oft auch von Hilfsorganisationen angewendet, um unser Mitleid zu erregen und uns zum Spenden zu bewegen – ist stigmatisierend und kann bei

den Betroffenen Scham auslösen. Niemand will arm sein. 62 Prozent der Berechtigten in Österreich nehmen ihre Sozialhilfe nicht in Anspruch. Viele wollen sich nicht deklarieren. So gesehen kann diese Beschreibung und Darstellung von Armen auch ein Machtinstrument sein, um sie „unten“ zu halten. Die Bilder sagen uns: Arme sind VerliererInnen, sie sind nicht wie wir, die Erfolg-

ES SIND NICHT „DIE ARMEN“, DIE HIER ZU WORT KOMMEN, SONDERN MENSCHEN WIE „DU UND ICH“.

reichen. In extremer Ausformung vermittelt diese Ideologie: Als Armer bist du selbst schuld und kannst dich auch nicht wehren, denn du bist passiv und deine Position ist am Boden. Manchmal gebe ich dir Almosen, aber nicht wenn du dich erhebst, dann bist du nicht mehr hilflos und brauchst mich nicht mehr.

Deshalb dreht MOMENT den Blick um. Mit dem Titel dieser Ausgabe „Was die Ar-

men wirklich über uns denken“ sollen die Perspektiven und Darstellungsformen selbst aufs Korn genommen werden. Stigmatisierung kann begegnet werden, indem man sich den Blickwinkel auf gesellschaftliche Phänomene bewusst macht. Und indem man Arme nicht auf ihre Situation festschreibt oder auf dieses Identitätsmerkmal reduziert. Es gibt weder „die Armen“ noch gibt es ein davon abgegrenztes „uns“. Armut ist oft nur eine Phase und ein Aspekt im Leben von Menschen – die Grenzen verlaufen fließend. Und Armut wird immer in Relation zur näheren oder globalen Umgebung gesehen. Stigmatisierung zu bekämpfen heißt noch nicht Armut zu bekämpfen. Aber es bedeutet Achtung und Respekt gegenüber Menschen in schwierigen Lebensbedingungen. Und die Beseitigung von unsichtbaren Barrieren, welche das Überwinden von Armut noch erschweren.

Es sind nicht „die Armen“, die hier zu Wort kommen, sondern Menschen wie „Du und Ich“. Vielleicht gelten ihre Aussagen über materiellen Wohlstand trotzdem Ihnen. Schließlich liegt es an uns, den Wohlstand besser zu verteilen.



„In Mexiko ist der Unterschied zwischen Arm und Reich viel größer. Hier in Österreich gibt's wenigstens eine Mittelschicht. Und mir scheint, dass sie viele Hilfseinrichtungen finanziert.“

Andrea Flores, Austauschstudentin Mexiko



„Es ist wie im Casino. Wenn du mehr hast, musst du mehr setzen, um einen Kick zu kriegen. Je mehr man besitzt, desto mehr braucht man. Geld besitzt einen. Geld führt Menschen nicht zusammen, aber je mehr man hat, desto mehr Möglichkeiten hat man auch. Ein Problem ist, wenn man schon durchgeknallt ist und plötzlich viel Geld bekommt.“

Christoph Chereau, Studierender



„Reiche haben weniger Sorgen, aber sie sind nicht glücklicher.“

Rita Wenzl, Einzelhandelskauffrau



„Die einen haben zum Leben zu wenig, andere kommen aus ihrem Hamsterrad nicht raus und manche haben Zeit und Geld im Überfluss. Da stimmt was nicht.“

Elke Heinzl, Pensionistin



„Meine Stelle wird nach Weihnachten abgebaut, aber für die Weihnachtsfeier gibt der Chef 14.000 Euro aus. Das macht mich schon wütend.“

Corinna Faller, Angestellte



Um die Erbschaftssteuer abzuschaffen ist das Geld scheinbar da, aber um in substantielle Bildungschancen zu investieren nicht. Wie soll denn die neue Mittelschule funktionieren, wenn nicht ein bisschen Geld in die Hand genommen wird.

Petra Haselmayer, Lehrerin



„Wer sein Geld ehrlich verdient hat, soll es behalten. Aber wer Scheiße baut, muss auch dafür gerade stehen. Den Meisten ist der moralische Preis ihres Wohlstands von Anfang an bekannt. Zum Beispiel Spitzenmanager, die Mitarbeiter feuern, um Profite zu machen.“

Kristina L., Spediteurin

Es gibt zwei Arten von Armut: Die schöne Armut – die hätten die Leute gern. Die arme

ES MUSS EDELGHETTOS FÜR ARME GEBEN!

Im steirischen Vinzi-Dorf leben Menschen, die die Gesellschaft ausgespuckt hat, sagt Pfarrer Wolfgang Pucher. Er gibt jedem Obdachlosen, was er braucht. Auch Alkohol.

Interview: Maria Sterkl, Bilder: Andrea Salzmann

Die BewohnerInnen Ihrer Einrichtungen erhalten bei Bedarf Arztbesuche. Warum gehen sie nicht selber zum Arzt?
Verarmte Menschen gehen zu keinem Arzt. Sie haben eine Abneigung gegen Ärzte.

Woher kommt diese Abneigung?

Sie würden auch nie auf eine Gerichtsvorladung reagieren oder auf eine Behörde gehen. Da die Gesellschaft sie ausgespuckt hat, verweigern sie sich ihr. Diese Menschen sind die einzigen freien Menschen, die es noch gibt. Sie leben, wie sie wollen.

Das klingt so, als beruhe das Leben in Armut auf einer freien Entscheidung.

Ich meine das anders. Wenn ein Mensch aus einer Gruppe ausgeschlossen wird, dreht er den Spieß um und sagt: Wenn sie mich nicht

wollen, will ich sie auch nicht. Den ersten Schritt setzt also nicht er. Alle Obdachlosen haben einmal versucht, ein normales Leben zu führen. Aber wir leben in einer Leistungsgesellschaft, und ich glaube, man überschätzt die Fähigkeit der Menschen, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Ist das überhaupt wünschenswert?

In dieser Gesellschaft? Nein. Es hat tolerantere Zeiten gegeben. Wenn Alkoholiker noch in der Gesellschaft sind, zum Beispiel trinkende Ärzte, dann wird das toleriert. Wenn sie ausgestiegen sind, heißt es: So nicht. Es gibt ja zwei Formen der Armut: Die schöne Armut - die hätten die Leute gern. Das arme Hascherl, das arme Kind, die arme Frau, die ganz unschuldig in ihre Not gekommen ist - das zerreißt das Herz und öffnet Tür, Tor und Brief-

tasche. Aber es gibt auch die hässliche Armut, die riecht man schon. Und die ist zahlenmäßig viel größer.

Wie sieht diese Armut aus?

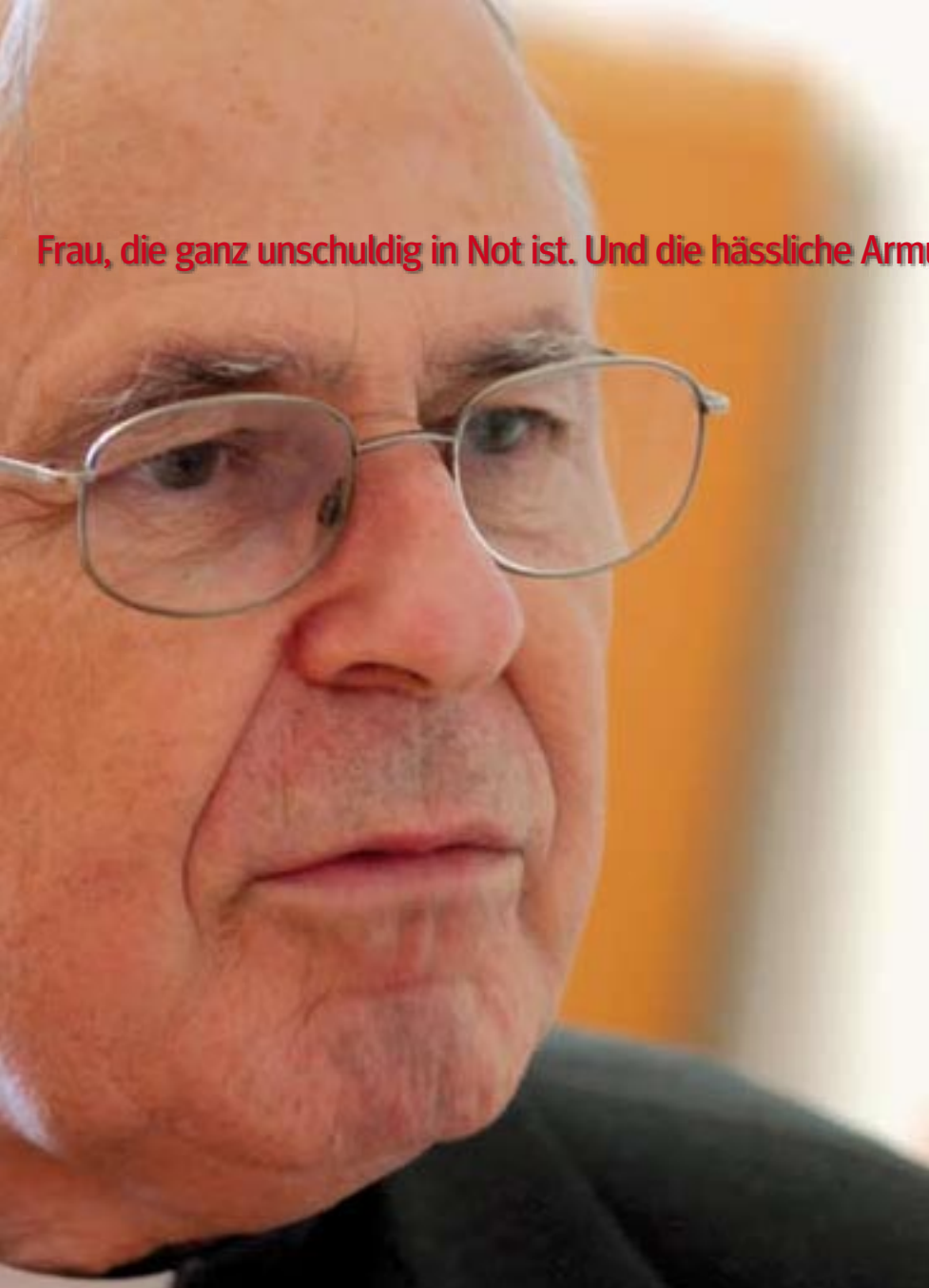
Wenn ein wirklich Hilfsbedürftiger bei der Tür hereinkommt, rieche ich ihn - der Zigarettengestank, die Körperpflege, die aus den Umständen heraus einfach nicht möglich ist.

Wie geht man mit der hässlichen Armut um?

Ich habe einmal definiert, dass es eigene Rechte für Arme gibt: Ein Armer hat das Recht zu stehlen, zu lügen. Einmal ist ein leicht Angetrunkener bei meiner Tür herein gekommen und hat mich um etwas Geld für eine Straßenbahnkarte gebeten. Ich habe



Frau, die ganz unschuldig in Not ist. Und die hässliche Armut: die riecht man schon.



Vinzi-Pfarrer Pucher:
Mit dem Besitz steigt
die Verantwortung.

ihm eine Flasche Bier aus dem Kühlschrank geholt. Es ist sein Recht, auf diesem Weg zu dem zu kommen, was er braucht.

Müssen Gesetze nicht für alle gelten?

Arme haben sich natürlich an die moralischen Gesetze unserer Gesellschaft zu halten. Aber: Wenn ihnen fundamentale Rechte genommen werden, und wenn sie dann Grenzen überschreiten, dann habe ich nicht das Recht, über sie zu urteilen.

Sie stellen arme Menschen als Opfer dar. Die Politik wünscht sich aber mehr Eigenverantwortung. Kann man armen Menschen vorwerfen, dass sie zu wenig unternehmen, um sich aus ihrer Notlage zu befreien?

Würden alle Sozialhilfe-Berechtigten in der Stadt Graz ihre Rechte einfordern, wäre das

ARME, SAGT PFARRER PUCHER, HABEN AUCH DAS RECHT ZU STEHLEN UND ZU LÜGEN.

Sozialbudget der Stadt am Monatsende weg. Aber es ist nie weg - und warum? Weil die, die es am allermeisten brauchen, gar nicht wissen, dass sie diese Rechte haben. Und die, die es am wenigsten bräuchten, die Hofratswitwen, fordern jeden Cent ein, und finden Hintertürn, wenn sie den Strafzettel nicht bezahlen wollen. Da liegt das Dilemma. Man kann seine Eigenverantwortung nur noch bedingt wahrnehmen, wenn einem alles fehlt.

Was haben Sie als Kind an Ihrer eigenen Armut als am schlimmsten empfunden?

Solange ich in meinem Dorf war, habe ich mich nicht einmal arm gefühlt. Später, im Bischöflichen Seminar, musste jeder sein eigenes Bettzeug mitnehmen. Ich war der einzige, der keine Matratze hatte, sondern einen Strohsack, und ich wurde ausgelacht. Da ist mir Armut als etwas Schmerzliches begegnet.

Gilt das auch im großen Stil? Ist Armut in einem Armutsumfeld leichter erträglich?

So ist es. Darum muss es Edelghettos für Arme geben. Das Vinzi-Dorf ist ein solches Edelghetto: Da fällt keiner auf, da wird niemand belächelt, alle sind gleich. Und man stellt ihnen das zur Verfügung, was sie sich selber nicht leisten können. Sie haben immer frische Kleider, sie pflegen sich. Draußen waren sie Außenseiter: Die Integration von Armut macht Arme noch ärmer.

Was Sie als Edelghetto bezeichnen, bezeichnen andere als Parallelgesellschaft.

Ja, weil sie Gesellschaften nicht akzeptieren. Sie akzeptieren den Einzelnen innerhalb der Gesellschaft nicht, und sie akzeptieren auch nicht, wenn sich die Einzelnen zusammenschließen.

In Österreich besitzt ein Prozent der Gesellschaft 34 Prozent des Vermögens. Sollte der



ZUR PERSON

Pfarrer Wolfgang Pucher

Der katholische Priester Wolfgang Pucher engagiert sich seit rund 40 Jahren für arme Menschen – seit 1973 als Pfarrer der St. Vinzenz-Kirche in Graz-Eggenberg. Nach und nach verwandelte Pucher, zusammen mit einer wachsenden Gruppe von Ehrenamtlichen, die Grazer Vinzenzgemeinschaft in ein komplexes Gebilde diverser Armeneinrichtungen, zu deren prominentesten das Baucontainer-Dorf „VinziDorf“ zählt, das rund 40 Obdachlosen eine Bleibe bietet und als bisher einzige Wohnungslosen-Unterkunft Österreichs Alkoholkonsum offen zulässt.

Weitere Einrichtungen der Gemeinschaft sind etwa die beiden Sozialmärkte VinziMarkt, die Frauennotschlafstelle Haus Rosalie, das Obdachlosenhôtel VinziTel, die mobile Essensausgabe VinziBus und die Krankenstube VinziMed. Die Vinzenzgemeinschaft wird von rund 400 Teilzeit-/MitarbeiterInnen getragen, sechs davon arbeiten gegen Bezahlung. Die Vinzenzgemeinschaft finanziert sich laut eigenen Angaben zu 70 Prozent aus Spenden, den Rest teilen sich die Stadt Graz und das Land Steiermark in Form von Subventionen. Vinzi-Pfarrer Pucher ist auch Träger des Ute-Bock-Preises für Zivilcourage von SOS Mitmensch.

Würden alle Sozialhilfeberechtigten in Graz ihre Rechte einfordern, wäre das Sozialbudget weg. Aber es ist nie weg. Weil die, die es am allermeisten brauchen, gar nichts von Ihren Rechten wissen.

Staat die Reichen zwingen, mehr herzugeben?

Nein, das ist der falsche Weg. Die Reichen sind der Motor einer sich materiell besernden Gesellschaft. Beobachten Sie auf längere Zeit die Ärmsten in unserer Gesellschaft, und Sie werden bemerken, dass die, die jetzt noch furchtbar arm sind, vor zehn Jahren noch ärmer waren. Sie naschen mit.

Das ändert aber nichts an der Verteilung des Vermögens.

Den Reichen etwas wegzunehmen, das hat nirgends funktioniert, weil der Reichtum ja aus Begabung, Fähigkeiten und Gaunerei entsteht. Und die Begabung behalten sie ja.

Aber dieses „Wegnehmen“ gibt es ja bereits in Ansätzen – zum Beispiel bei der progressiven Einkommenssteuer.

Ich will eigentlich keine politischen Fragen beantworten. Ich habe einen sehr wohlhabenden Transportunternehmer in meiner Pfarre. Unsere Gemeinde könnte ohne ihn nicht existieren. Es wird niemand abgewie-

sen, wenn er fragt: Kannst du mir meine Möbel von A nach B führen? Und er verlangt keinen Cent dafür.

Wenn Sie aber sehen, dass es Menschen ohne Wohnung gibt, und andere, die 50 Häuser besitzen, finden Sie das akzeptabel? Ist das gerechte Verteilung?

Ich glaube, dass es Dinge gibt, die nicht veränderbar sind. Es kann nur funktionieren, indem man den Einzelnen motiviert. Aber mit Gewalt ist der Mensch nicht zu bekehren.

Ist das Ihr Appell an die Eigenverantwortung?

Eigentlich schon. Jeder soll geben, was er kann, und weil er es kann, soll und muss er auch!

Sind die Menschen heute weniger bereit zu teilen?

Im Rahmen des zunehmenden Wohlstands: Ja. Die Spenden, von denen wir leben, kommen alle von kleinen, bescheidenen Leuten.

Je mehr einer hat, desto mehr wird er verhärtet.

Warum?

Weil das Geld immer mehr einen Selbstwert bekommt. Ich kenne einen Wirtschaftstreibenden, der jeden Morgen die Aktienkurse studiert. Und wenn seine Aktien ein halbes Prozent gesunken sind, kann er nicht mehr frühstücken und sein Tag ist verhaut. Sein Denken ist nur mehr Geld, Geld, Geld.

Vielleicht ist Ihr Transportfirmenchef auch Aktienunternehmer.

Ich kann es mir vorstellen. Aber ich will ja nicht grundsätzlich den Besitz von Geld kritisieren, sondern die damit steigende Verantwortung einmahnen. Je mehr ein Mensch mitbekommen und erreicht hat, umso höher ist seine Verantwortung für sich und für die Gesellschaft. Und gerade die lassen es am meisten mangeln.

Spendenkonto „VinziDorf Wien“
Pfarrer Wolfgang Pucher, Erste Bank Nr.
28847087100, Bankleitzahl 20111



Rubia Salgado ist Mitbegründerin und Mitarbeiterin von maiz – Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen
Illustration: Petja Dimitrova

KOMMENTAR VON RUBIA SALGADO

Illegalisierte in den Diskurs einbringen!

Illegalisierte scheinen in keiner staatlichen Armutsstatistik auf. Wieso aber berücksichtigen auch NGOs die Illegalisierten nicht?

Illegalisierte ...

... sind alle, die keine der Gesetzgebung entsprechende Aufenthaltsberechtigung haben, um dort zu leben wo sie sind. Wie auch alle, die ihre entsprechende Aufenthaltserlaubnis verloren haben und/oder aus anderen Gründen von Abschiebung bedroht sind.

... sind diejenigen, deren Existenz paradoxerweise aus der Negation dieser – ihrer Existenz – besteht.

... sind keine Zielgruppe von Sozialprojekten oder eines arbeitsmarktpolitischen Programms.

...werden ausgebeutet. Der Ausschluss aus der legalen Beschäftigung stabilisiert die Wirtschaft, sie dienen als Beschäftigungs-Puffer und stille Reservearmee.

... leben meistens in einer extrem prekären Situation.

... sind rechtlos.

Institutionen und NGOs aus dem Sozialbereich nehmen nur selten in der österreichischen Öffentlichkeit Stellung, wenn es um die spezifische Situation von Illegalisierten und das Thema Armut geht.

Trotz der oft artikulierten Kritik der NGOs an der bestehenden Gesetzgebung wird deren Logik nicht infrage gestellt. Es ist kein Paradigmenwechsel zu beobachten, denn der nationalstaatliche Grundgedanke wird nicht hinterfragt.

Fragt man sich nach den Gründen für dieses Schweigen, entsteht der Verdacht eines unausgesprochenen Pakts zwischen den Organisationen und dem Staat, der von diesen verlangt, dass sie der Gesetzgebung entsprechend konform handeln. Das heißt letztlich, dass NGOs und Institutionen aus dem Sozialbereich, um den Anspruch auf Subventionen zu erhalten bzw. diesen nicht zu verlieren, eine diskriminierende und rassistische Gesetzgebung anerkennen und diese innerhalb ihrer Handlungen umsetzen. Kritische Äußerungen zur Migrations- und Sicherheitspolitik sowie Forderungen nach Veränderung der Gesetzgebung, die zur Illegalisierung führen, werden zwar veröffentlicht. Aber Positionen zur Lebenssituation der Personen, die hier als Illegalisierte leben, sind – je konkreter die Annäherung an das Thema wird, wie im Fall des Zusammenhangs zwischen Illegalisierung und Armut – kaum vorhanden. Das „Phänomen“ Illegalisierung wird zwar angesprochen und thematisiert, die Gründe dafür werden kritisiert. Die Personen, die dadurch illegalisiert werden und hier leben, erscheinen in den Veröffentlichungen aber lediglich als eine pauschal undifferenzierte Men-

ge. Die Kritik an der ausgrenzenden, diskriminierenden, menschenrechtsverletzenden und mörderischen Sicherheitspolitik der EU-Länder wird zwar artikuliert. Die Verbreitung und Etablierung eines vorherrschenden Sicherheitsdiskurses, der eine ausgrenzende Interpretation des Sicherheitsanspruchs im Sinne Innerer Sicherheit konstituiert, wird vermittelt und begründet, jedoch nicht angetastet.

Die Gefährdung der Sicherheit wird vor allem den diskursiv als „Eindringlingen“ konstruierten Subjekten zugeordnet. Dementsprechend werden Gesetze verabschiedet, die ausgehend von dieser diskursiv erstellten Wirklichkeit so genannte Sicherheitsmaßnahmen vorsehen und so eine Reihe diskriminierender Praxen ermöglichen: die Beschränkung bis hin zur Verhinderung der Bewegungsfreiheit; die Verweigerung eines legalisierten Aufenthaltes; das Inhaftieren von Personen in Schubhaftgefängnissen, ohne dass sie eine Straftat verübt haben; die Untersagung des legalen Zugangs zum Arbeitsmarkt; den Ausschluss aus den für die BürgerInnen der jeweiligen Gesellschaften garantierten politischen und sozialen Rechten; die Überwachung, Kontrolle und Eingriffe in die private Sphäre dieser Menschen und andere Praxen mehr.

Der Diskurs und die entsprechende Gesetzgebung, die unter anderem zur Illegalisierung führen und diese bedingen, werden von den NGOs und Institutionen aus dem Sozialbereich weiter getragen. Trotz der oft artikulierten Kritik an der bestehenden Gesetzgebung wird deren Logik nicht infrage gestellt. Es ist kein Paradigmenwechsel in der Debatte zu beobachten, denn der nationalstaatliche Grundgedanke wird nicht hinterfragt. Schließlich basiert die Argumentationslinie zur Regulierung der Migration auf einer Kosten-Nutzen-Logik, die keinen Raum für eine Positionierung für Illegalisierte ermöglichen würde.

Es herrscht Hochkonjunktur. Alles ist gut. Es gibt übers letzte Jahr gerechnet ungefähr

WER ARBEITET SOLL AUCH BEISSER HABEN

Einkommen ohne Auskommen. Prekäre Jobs, Armutsunternehmer, geringfügig und gar nicht Beschäftigte im Land der Hochkonjunktur. „Working Poor“ in Österreich.

Text: Martin Schenk

Es herrscht Hochkonjunktur. Alles ist gut. Es gibt übers Jahr gerechnet 240.000 Erwerbslose. Im letzten Hochkonjunkturjahr 2000 waren es 190.000. Alles scheint gut. Jedes Konjunkturtal lässt einen höheren Sockel an Erwerbslosen zurück. Die Betroffenen pendeln zwischen prekären, schlecht bezahlten Jobs und Arbeitslosigkeit. Sie erzählen von einem Alltag, der in der Öffentlichkeit unsichtbar gemacht ist. „Über eine Leasingfirma musste ich – vom Arbeitsamt vermittelt – in einem Produktionsbetrieb anfangen. Von sechs Uhr früh bis drei Uhr Akkordarbeit. In der zweiten Woche hat man mich und KollegInnen gedrängt, jeweils am Mittwoch, Donnerstag und Freitag schon um vier Uhr früh anzufangen. Ich bin der Aufforderung natürlich nachgekommen, ich wollte ja unbedingt die zugesagte feste Anstellung. In zehn Stunden habe ich 15.000 Pickerl geklebt. Während ich mich bereits auf das Wochenende freute, kam kurz vor Mittag die Vorgesetzte und teilte mir mit, ich sei gekündigt. Einfach so. Ohne Grund.“ Gründe braucht es keine in einer Leihfirma oder im Probemonat.

Arbeit schützt vor Armut nicht Schon jetzt leben 253.000 Menschen in Österreich in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht ausreicht, um die eigene Existenz – und die der Kinder – zu sichern. Davon sind 91.000 manifest arm: Die Betroffenen weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, leben in feuchten, schimmigen Wohnungen, können ihren Kindern nur eingeschränkte Zukunftschancen bieten.

Von den prekär Beschäftigten mit „befristetem Vertrag“ sind elf Prozent armutsgefährdet, von „unregelmäßig Beschäftigten“ 17 Prozent, von Personen mit „Teilzeit weniger als zwölf Stunden“ sind es 20 Prozent. Und bei Menschen mit „35 Wochenarbeitsstunden für weniger als 1.000 Euro brutto“ sind 23 Prozent armutsgefährdet. Die Richtsatzergänzungen in der Sozialhilfe, das sind jene Leistungen, die auch bei zu geringem Erwerbseinkommen ausbezahlt werden, haben in den letzten Jahren rasant zugenommen.

Teilzeit als Belastung Für die einen – z.B. Neue Selbständige im Bereich der Neuen Medien – bedeuten prekäre Jobs eine Vergrö-

ßerung ihres persönlichen Handlungsspielraums, freie Zeiteinteilung und individuell bestimmtes Handeln. Für andere – die Supermarkt-Kassiererin als Teilzeitkraft oder den „selbständigen“ Spachtler im Baugewerbe – eine unfreiwillige Beschränkung. Fast die Hälfte der geringfügig Beschäftigten sucht nach Alternativen in Form einer regulären Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung oder einer echten selbständigen Tätigkeit.

DIE BESCHÄFTIGUNGSQUOTE STEIGT, WEIL ES IMMER MEHR TEILZEITJOBS OHNE EXISTENZSICHERNDE SOZIALLEISTUNGEN GIBT.

keit. Für zwei von drei Prekären sind Teilzeit, Projektarbeit, freie Dienstverträge kein Problem, für das restliche Drittel dafür ein umso größeres.

Aber auch bei der eher positiv bewerteten Teilzeit dreht sich das Bild. Immer mehr Frauen arbeiten Teilzeit, doch immer weniger sind damit zufrieden. Während im Jahr

240.000 Erwerbslose. Im letzten Hochkonjunkturjahr 2000 waren es 190.000.



Gesunde Zähne sind auch eine Frage des Geldes.
Bilder: Christine Rigon- Fotolia.com,
www.digitalstock.de

2000 noch 61 Prozent der Teilzeitkräfte mit ihrer Arbeitszeit „sehr zufrieden“ waren, so sind Ende 2007 noch 45 Prozent dieser Ansicht. Sie bewerten Einkommen, Sozialleistungen und Arbeitszeiten als negativ

Populäre Mythen Problematisch daran ist, dass die meisten aus dieser Situation nicht mehr herauskommen, urteilt das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO in einer jüngsten Untersuchung. Nur ein Viertel der geringfügig Beschäftigten könne nach zwei Jahren in ein Beschäftigungsverhältnis mit Sozialversicherung wechseln. Der Anteil der „Menschen ohne Ausweg“ aus der geringfügigen Beschäftigung hat sich bereits auf 41 Prozent erhöht. Besonders Frauen haben laut Studie eine geringere Chance, aus der Geringfügigkeit heraus zu kommen.

Zwei populäre Mythen haben sich in diesem Zusammenhang festgesetzt. Der erste: „Prekäre Jobs führen zu mehr Beschäftigung.“ Richtig ist vielmehr: Das Beschäftigungspplus führt nicht automatisch zu mehr bezahlter Arbeit, im Gegenteil, letzteres ist Anfang 2000 sogar gesunken: „In Vollzeitäquiva-

lenten ging die Zahl der Arbeitsplätze zurück“, bestätigt auch Ewald Walterskirchen vom WIFO. (Unter Vollzeitäquivalent versteht man die Summe aller Teil- und Vollzeitarbeitsverhältnisse als fiktive Anzahl von Vollzeit-Jobs. Zwei Vollzeitbeschäftigte und sechs Halbzzeitbeschäftigte ergeben z.B. fünf Vollzeitäquivalente.)

Und der zweite Mythos: „Wer keine Bildung hat, braucht Billigjobs“. Tatsächlich ist der Niedriglohnsektor aber mehrheitlich eben nicht mit gering qualifizierten Personen besetzt: 72 Prozent der Niedriglohn-BezieherInnen verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Oder umgekehrt: nur ein knappes Drittel hat weder eine Berufsausbildung noch die Matura.

Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich in nicht-existenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer ein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension erreichen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Fall eines Jobverlusts davon keinen einzigen Tag überleben könnte.

In Österreich sind über 100.000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast 2 Prozent der Wohnbevölkerung, die aufgrund ihrer prekären sozialen Lage nicht wissen, was sie mit ihren geringen Mitteln zuerst zahlen sollen: Miete, Lebensmittel oder Krankenversicherung?

„Da heißt es Zähne zusammen beißen.“, berichtet Frau L. von ihren Problemen, die Kosten von Zahnbehandlungen zu begleichen. Frau L. schlägt sich als Ich-AG und Armutsunternehmerin mit Gebrauchsgrafiken durch den Alltag. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit seiner Geburt an schwerem Asthma. Er braucht viel Zeit. Der Lohn ihrer Arbeit ist unregelmäßig und gering. Loch auf, Loch zu. So muss sie rechnen, einmal die Miete, einmal das Heizen, einmal das Telefon. Immer gibt es eine offene Rechnung. Kaputt werden darf nichts: kein Boiler und keine Waschmaschine. Mit diesem Einkommen gibt es kein Auskommen.

Mehr Infos unter:
www.armutskonferenz.at
www.euromayday.at

MitMenschBleiben Jetzt! – Appell an die Bundesregierung!

Wir fordern ein menschenwürdiges Bleiberecht!

Dieses Fremdenrecht ist ein Unrecht. Eine Politik, die vorgibt, Familie sei ihr heilig, reißt Familien auseinander, reißt Ehen entzwei. Eine Politik, die von Zugewanderten Anpassung verlangt, entledigt sich jener, die integriert sind. Sogar Säuglingen droht die Abschiebung. Kinder, die hier aufgewachsen sind, werden zu Fremden gestempelt. Menschen, die Arbeit, ein Zuhause und einen Freundeskreis gefunden haben, werden nachts aus dem Bett geholt, um sie fortzubringen. Und wer den Verzweiferten bloß Zuflucht gewährt, macht sich schon strafbar.

Gesetz und Menschenrechte dürfen kein Widerspruch sein. Menschlichkeit muss sich vielmehr in den Gesetzen widerspiegeln: Deshalb muss dieses Fremdenrecht geändert werden. Wir fordern ein Bleiberecht für die, die sich seit Jahren hier eingelebt haben.

Helmut Adam, Christian Aichinger, Traudlinda Aigner, Vera Albert, Herbert Altrichter, Sonja Ammann, Robert Anders, Herta Andiel, Jürg Andiel, Veronika Andorfer, Wolfgang Angerer, Grete Anzengruber, Teresa Arrieta, Nina Arzberger, Nora Aschacher, Norbert Aschenbrenner, El Awadalla, Peter Bachler, Tarafa Baghajati, Brigitte Bailier, Gabriele Bartner, Waltraud Barton, Christian Bartuska, Gabriele Bartuska, Rainer Bauböck, Eva Bauer, Annemarie Behmel, Klaus Behmel, Agnes Beier, Willi Beranek, Dieter Berdel, Ernst Berger, Nadine Berger, Sigrun Berger, Gerhard Berger sen., Herbert Berger, Martin Bernert, Isabell Bickel, Karin Bigler, Werner Binnenstein-Bachstein, Romeo Bissuti, Wolfgang Blaas, Dieter Blochberger, Ute Bock, Ronaldo Böhmer, Martin Böker, Siglinde Bolbecher, Patrick Bongola, Michael Brainin, Dominik Brandl, Gertrud Breindl, Konstanze

le Landrichter, Annegret Lange, Peter Langmann, Stephan Lanner, Volkmar Lauber, Wolfgang Lauber, Eva Lavric, Brigitte Lechner, Karin Lehmann, Fritz Lehner, Peter Ulrich Lehner, Resi Lehner, Tina Leisch, Christoph Leon, Mattina Leon, Michael Lerech, Horst Lesjak, Natalie Lettner, Eva Leutner, Karl Leyrer, Margit Leyrer, Karin Liebhart, Bernadette Lindorfer, Veronika Litschel, Martin Lobgesang, Klaus Werner Lobo de Rezende, Claudia Lohinger, Elisabeth Loibl, Herby Loitsch, Nadja Lorenz, Claudia Lui, Karin Lukas-Chukwuma, Richard Lukas-Chukwuma, Angela Mägenheimer, Elisabeth Maier-Schinagl, Anita Malli, Andreas Mallinger-Hohensinn, Chava Mandelbaum, Fred Mandelbaum, Christl Mandl, Sepp Mandl, Brigitte Marcher, Nicole Marjanovic, Rocco Marjanovic, Sladana Markovic, Peter Masih, Ruth Masih, Katharina Matschnig, Eva Mawutor-

toph Streissler, Gerhard Sturm, Billy Summer, Sylvia Supper, Johann Svager, I. Swoboda, Elisabeth Tauber, C. Teckert, Norbert Templ, Susanne Trauneck, Arno Truger, Heidemarie Uhl, Klaus Unterholzner, Peter K. Unterrainer, Josef Unterweger, Anne Unterwurzacher, Egon Urban, Ralph Vallon, Gisela Vyslouzil, Alice Wagner, Melia Waldstein, Votava, Monika Vyslouzil, Shermin Voshmgir, Gerald Bianca Wawra, Martha Weber, Cornelia Wedam, Christiane Weissenborn, Markus J. Wenninger, Harald Werneck, Sarah Wertheimer, Judith Widecki, Leon Widecki, Sarah Wiener, Eva Wilhelm, Anna Winterleitner, Kurt Winterstein, Roland Wolf, Barbara Wolf-Wicha, Alfred Wolloch, Ursula Wolschlager, Baruch Wolski, Elisabeth Wösch, Franz Wösch, Dieter Wurrambrand, Ingeburg Wurzer, Barbara Zangl, Atiye Zauner, Gerhard Zechner, Heinz Zeglovits, Yu

Sheng Zhang, Klens Zicile, Camilla Zieilinski, Martin Zimper, Robert Zinterhof, Otto Zitko, Ulrike Zomorrodian-Santner, Eva Zwitter, Franci Zwitter, Hanns Zykan, Maria Zykan-Zilberszac.

Aktion Mitmensch Wiener Neustadt, Arge für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung, Asyl in Not, BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, BetriebsrätInnen an der Medizinischen Universität Wien, Chilli.cc, Das Team der Diagonale, Der Katholische Familienverband Burgenland, Deutsch Studio Salzburg, Edition Steinbauer, erfolg.freespirtinfo.com, Europäisches BürgerInnenforum Österreich, Evangelische Akademie Wien, Familienverband der Erzdiözese Salzburg, Fice Austria / Kinderrechtebüro Österreich, FortunaMedia Agentur für Film und Kunst, Frauenberatungsstelle Güssing, Frauengesundheitszentrum FEM, Grazer AutorInnen Autorenversammlung, heider.klausner, Heilsarmee Österreich, Initiative Ehe ohne Grenzen, Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen, Institut für Arbeitsmarktforschung Steiermark, Institut Im Kontext, Jugend Lainz, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Katholischer Familienverband Österreichs, KosmosTheater, Kulturverein Kanafani, Kulturverein Time's Up, Künstlervermittlung Klaus Eisenberger, LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für MigrantInnen, Leni-Longo GmbH, Longo Mai Österreich, Männergesundheitszentrum MEN, Miteinander Lernen - Birlikte Ögrenelim, Monika Pichler & Felix Stelzer Reisebuchladen, OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Österreichische Liga für Menschenrechte, Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen, PiCo - Unternehmensberatung, Plattform für Kulturen, Integration und Gesellschaft, Praxis E. Müller, Radio Orange 94.0, Rechtsanwältin Pepelnik & Karl, Republikanischer Club - Neues Österreich, Resistance for Peace, RLT in der Rosa Lila Villa, Schülerrinnenschule und Werkkolle im WUK, Selbstbestimmt Leben Initiative Wien, Übersetzergemeinschaft, UFO-Team Jugendnotschlafstelle Linz, Verein Fibel, Verein Projekt Integrationshaus, Verein Schmetterling, Weiser Initiative gegen Faschismus, Werkmobil, WIK-Vernetzungsbüro, Würde Weibla, tierrechtsfilme.at, vegan.at, xlate.at, ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, Zentrum für Soziale Innovation.



Tölly, Hermann Mehl, Robert Menasse, Robert Misik, Christian Mokricky, Elisabeth Morawek, Ingrid Moritz, Julia Mourão Permoser, Christine Muchsel, Herbert Muchsel, Eva Mückstein, Erna Nachtnebel, Hans Peter Nachtnebel, Mona Naderer, Rolf Nagel, C. Nägele, Josefine Nechansky-Kleemann, Uta Nehonsky, Kurt Neumann, Beatrix Neundlinger, Margit Neu, Harald Niederhuber, Margit Niederhuber, Ingrid Nikolay-Leitner, Peter Nowak, Karin Nutz, Günther Oberhollenzer, Cornelius Obonya, Patrick Ofuato, A. Opitz, Ursula Oran-Daniel, Suna Orcun, Elisabeth Orth, Stefanie Ötli, Bernhard Pacher, Kurt Palm, Kurt Pant, Alix Paulus, Alice Pechtrigg, Stephan Peddi, Jürgen M. Pelikan, Josef Petrik, Christl Picker, Richard Picker, Peter Pils, Monika Pinterits, Jörg Piringer, Sybille Pirklbauer, Thomas Platz, Ronald J Pohoryles, Veronika Pollak-Wiedermann, Christa Pözlbauer, Alexandra Pomper, René Postler, Monika Preisl, Linde Prelog, Oliver Prenn, Peter Pressnitz, Andrea Puaeschitz, Dieter Puganigg, Puja, Doron Rabinovici, Petra Raubal, Eva Rauch, Wolfgang Reder, Gabriela Reichkendler, Michael Reinprecht, Robert Reischer, Eva Reitmann-Omilade, Willi Resetarits, Djamila Rieger, Susi Riegler, Eduard Riha, Leo Rögner, Brigitte Roschger-Stadlmayr, Sieglinde Rosenberger, Lena Rothstein, Hans Georg Rudolfsky, Hans Rüt, Karsten Rühl, Gerhard Ruiss, Ursula Sabatin, Günther Sandner, Angela Sasshofer, Petra Saßmann, Renate Saßmann, Thomas Sauer, Manfred Saurug, Sylvia Schalkhammer, Susanne Schandl, Michael Scharang, Julia Scharinger, Vera Schedenig, Wolfgang Scheidl, Roberta Scheiffinger, Ingrid Schemel, Florian Scheuba, Leonardo Schey, Veronika Schieder, Friedrich Schiller, Dora Schimanko, Georg Schimanko, Manfred Schindler, Gudrun Schlosser, Wolfgang Schlögl, Dorothea Schmidt, Andrea Schmon, Michaela Schneider, Renate Schneider, Eva Schneidhofer, Hedi Schnitzer, Tony Scholl, Dieter Schrage, Margit Schrage, Heidi Schrodt, Reinhard Schurawitzki, Ernst Schwager, Anna Schwarz, Thomas Schwarz, Valentin Schwarz, Walter A. H. Schwarz, Werner Schwarz, Sophie Schweiger, Gilg Seeber, Sebastian Seidl, Katharina Seifert, Josef Seiter, Ruth Seliger, René Sellmeister, Elfi Siegert, Marko Simsa, Elisabeth Smejkal, Isabella Soto, Renate Sovo, Günther Spitzer, Hans Stadelmann, Willem Stamatidou, Thomas Stangl, Sabine Steinbacher, Mari Steindl, Günter Steiner, Hans Steiner, Irmela Steinert, Wolf Steinhuber, Arne Steininger, Sibylle Stelzhammer, Hanna Stepanik, Lukas Stepanik, Heldis Stepanik-Kögl, Thomas Stern, Ursula Stern, Thomas Stipsits, Daphne Stock, Günther Stocker, Barbara Stöckl, Wilhelm Stoeckl, Peter Stoppacher, Bernhard Strasser, Gerhard Strauhs, Anna Streissler, Chris-

teine Breitenberger, Kurt Büchlmann, Philipp Budka, Christian Cargnelli, Marco Castanetti, Ralph Chaloupek, Michael Chalupka, Michel Cullin, Sissy Czehowsky, Alexandra Dachenhausen, Liselotte Daljevec, Peter Daljevec, Margit Dechel, Joseph Dengler, Christiane Dertnig, Martina Dolezal, Josef Dorer, Michael Draxlbauer, Dominique Dressler, Primavera Driessen Gruber, Babsi Drnek, Gudrun Dworzanski, Tina Eberhart, Barbara Eberz, Deborah Ebrahim, Mercedes Echerer, Werner Eder, Andreas Egger, Eva Egger, Irmaud Egger, Thomas Paul Egger, Martina Egger-Schödl, Josef Ehmer, Robert Eiter, David Gillespie, Franz Embacher, Brigitte Endlich, Regina Erben-Hartig, Katalin Erdösi, Eveline Ernst, Franz Essl, H. Fahnl, N. Fahnl, Herbert Faltynek, Ingrid Farag, Sigrud Farber, Klaus Federmail, Susanne Feigl, Elisabeth Fiege, Reinhold Fillingner, Erica Fischer, Marina Fischer-Kowalski, Theresia Fischmeister-Hartlieb, Eva Flicker, Birgit Flos, Rudolf Forster, Edith Frank-Rieser, Ingrid Franz, Franzobel, Markus Freund, Michael Freund, Stefan Freytag, Stephan Frisch-Niggemeyer, Bernd-Christian Funk, Eveline Gabriel, Michael Ganner, Elfi Gans, Ernst Gansinger, Reinhold Gärtner, Michael Genner, Viktor Gernot, Julia Göd, Susanne Goda, Thomas Göttlicher, Leo Graf, Petra Gratzl, Norbert Griesmayer, Angeilka Grkinic, Doris Grohn-Geissler, Josef Gruber, Friederike Grubbaum, Peter Gründler, Rebecca Gründler, Hedi Gschwandtner, Paul Gulda, Sabine Haas, Jutta Habe, Judith Haberhauer-Stidl, Aysen Habison, Markus Haffner, Wolfgang Hagen, Birgitt Haller, Gernot Halsmayer, Elfriede Hammerl, Werner Hanak-Lettner, Manon Hansen, Anneliese Harasek, Josef Haslinger, Heinz Hattinger, Fritz Hausjell, Hilde Hefel, Elke Heinzl, Susanne Held, Gudrun Hepperle, Eliabeth Hinterleitner, Elisabeth Hinterleitner, Peter Hirsch, Christoph Hitzenberger, Felix Hnat, Stefan Hnat, Josef Hochgerner, Susanne Hochreiter, Helene Hodor, Kathleen Höll, Martin Hollan, Irene Holloway, Ingeborg Holzapfel, Traude Horvath, Gerhard Hovoroka, Friedrun Huemer, Peter Huemer, Judith Hutterer, Edith Jäger, Helmut Michael Jedliczka, Elfriede Jelinek, Hermine Jira, Thomas Just, Hedi Kadletz, Eva Kalny, Birgit Kanka, Annemarie Karner, Andreas Karpen, Dieter Kaufmann, Fritz Peter Kirsch, Elisabeth Klatzer, Barbara Klein, Stefanie Knauder, Markus Knopp, Caroline Koczan, Beate Koller, Michael Kollmer, Elisabeth Konecny-Knell, Elisabeth Konecny-Knell, Max Kothbauer, Attila Kovacs, Maria Kovacs, Clara Krainhöfner, Susanne Krainhöfner, Robert Kraner, Maya Kraner-Kern, Kurt Kratena, Petruska Krcmar, Jürgen Kreuzroither, Gordana Krobath-Rothstein, Christina Kronaus, Johannes Kropf, Friederike Kulcsar, Andreas Kunath, Verena Kunath, Senad Lacevic, Eva Lachkovics, Ferdinand Lacina, Erwin Landrichter, Joel-

Wie befreit man sich von dem Gefühl der Ohnmacht und wird wieder handlungsfähig.

STRATEGIEN GEGEN BESCHÄMUNG

Die Armutskonferenz ist ein Netzwerk, das – ganz im Gegensatz zur Politik – die Betroffenen selbst in den Mittelpunkt rückt. Anfang März werden in Salzburg Strategien gegen die Beschämung durch Armut gesucht.

Text: Eva Bachinger

Eigentlich war Sozialminister Erwin Buchinger startklar für den Rückweg nach Wien. Er hatte eben am 6. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen in Brüssel teilgenommen. Doch just in dem Augenblick kam die österreichische Delegation von Armutsbetroffenen am Flughafen an. Das vereinbarte Gespräch fand schließlich doch noch statt. Die VertreterInnen sozialer Randgruppen durften dem Minister ihre wichtigsten Anliegen schildern. Buchinger zeigte sich interessiert und nach einer knappen Stunde einigte man sich auf einen Briefverkehr. Die Armutsbetroffenen sollten ihre Probleme ausführlicher schildern, der eilige Minister versprach, sich eingehend damit zu beschäftigen. Die Schreiben waren rasch verfasst, doch eine Antwort kam nicht. Ein halbes Jahr später trudelte schließlich, im November 2007, eine Email bei Peter Gach, dem Delegierten der Armutsbetroffenen ein. Die Antwort war verblüffend: „Zunächst muss ich für die verspätete Antwort um Entschuldigung ersuchen. Der Sozialminister hat zwar das Treffen am

Flughafen noch in guter Erinnerung, die zu beantwortenden Briefe konnten jedoch im Büro nicht gefunden werden.“, schrieb ein Mitarbeiter Buchingers. Dann beantwortet er im Namen seines Chefs die fünf Briefe – in aller Kürze.

Ob ein Schreiben von der Industriellenvereinigung auch verloren gegangen bzw. erst ein halbes Jahr später beantwortet worden wäre? Das fragt sich Michaela Moser vom Netzwerk „Armutskonferenz“, die die eifrigen Betroffenen beim Briefeschreiben unterstützte. Moser vermisste auch, wie sonst üblich, eine persönliche Unterschrift des Ministers, die „mehr Wertschätzung“ signalisiert hätte. „Wir wollen dennoch mit Minister Buchinger im Gespräch bleiben.“, betont Moser. Zumindest habe er reagiert – im Gegensatz zu Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. Auf deren Antworten wartet Moser bis heute.

Perspektiven umdrehen Die „Armutskonferenz“ ist ein Netzwerk von 31 Sozial-



organisationen, das – ganz im Gegensatz zur Politik – die Betroffenen selbst in den Mittelpunkt rücken will. „Sichtbar werden“ lautete auch die Parole der Konferenz von Armutsbetroffenen heuer in Graz. Am 4. und 5. März werden in Salzburg Strategien gegen gesellschaftliche Zuschreibungen gesucht,

**„EIN BEDINGUNGSLOSES
GRUNDEINKOMMEN ODER
EINE BEDARFSORIENTIERTE
MINDESTSICHERUNG
WÄRE EINE GROSSE
ERLEICHTERUNG“**

wie sie der Titel der Tagung bereits verrät: „Schande Armut. Stigmatisierung und Beschämung“. Wie diese Dynamiken in Gang kommen, weiß Sighard Neckel, Soziologe an der Uni Wien: „Bei Armut wird Respekt entzogen, wenn die Vermutung besteht, dass man selbst Schuld an seiner Armut ist. – durch eigene Fehler und Mängel.“ Auf der



Konferenz wird es nun darum gehen, wie Perspektiven umgedreht werden können: Wofür sollen sich in Armut geratene Menschen schämen? Und wieso sollten sich arme Menschen und nicht etwa Manager für die von ihrer Arbeitsleistung bereits abgekoppelten Gehälter schämen? Wie schließlich befreit man sich aus einem Gefühl der Ohnmacht und wird wieder handlungsfähig? Die Politik hilft den Betroffenen kaum, sie tendiert, so Neckel, immer mehr zur Almosenpolitik gegenüber Armen. Die populäre Formel für alles, für Gesundheit und Wohlstand selbst verantwortlich zu sein, hat Einfluss auf die Politik, auf Gesetze. „Diese öffentliche Kultur ist natürlich illusionär und ein völlig überzogener Anspruch ans Leben“. Das Problem: „Je stärker diese Kultur öffentlich betont wird, desto mehr müssen sich Menschen, die in Armut geraten sind, als Versager vorkommen“, erklärt Neckel.

Aus dem Tritt Peter Gach und Christine Gurtner (siehe Interview) kämpfen tapfer dagegen an. „Was kann ich dafür, dass meine



Armutskonferenz: Anstoß zum Organizing. Aktionstag „Sichtbar werden“, November 07 in Graz. Bilder: Armutskonferenz

Mutter 1988, meine Freundin 1989 gestorben ist und ich daraufhin in aus dem Tritt gekommen bin und fristlos gekündigt wurde?“, fragt Gach. „Ich habe innerhalb von 14 Monaten drei Familien verloren.“ Schwere Depressionen waren die Folge. Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und nun der Pensionsvorschuß sollten ihm helfen, das Leben ohne bezahlte Arbeit zu meistern. Leicht sei das

nicht: Oft höre er, er sei ein „Sozialschmarotzer“ und „ich bin immer auf die Launen der jeweiligen Behörden angewiesen“. Für ihn wäre die bedarfsorientierte Mindestsicherung oder gar ein bedingungsloses Grundeinkommen sehr erleichternd. Ins Berufsleben hätte er zwar nicht mehr zurückgefunden, aber er leiste viel unbezahlte, gemeinnützige Arbeit: als Leiter einer Selbsthilfegruppe, als Engagierter in der Armutskonferenz, im Verein „Servus. Arbeitslose für Arbeitslose“. Dass die Leute nichts mehr für die Gesellschaft tun würden, wenn ein Grundeinkommen eingeführt werde, hält Gach „für eine boshafte Unterstellung von Menschen, die das soziale Netz abbauen wollen“.

Dass Fälle wie jener von Peter Gach nicht übersehen werden, dass das Thema Armut in der Berichterstattung und in der politischen Diskussion vorkommt, ist das Verdienst der Armutskonferenz. Davon ist der Politologe Emmerich Talos überzeugt. Seit zwölf Jahren gibt es das Netzwerk schon. Der Zusammenschluss von 31 Organisationen versucht seit der Gründung die Zusammenarbeit zu koordinieren, zu verstärken, das Thema Armut immer wieder zur Sprache zu bringen: in Diskussionen, bei Tagungen, Pressekonferenzen. Martin Schenk, Sozialexperte der „Diakonie“, ist dabei federführend. Schenk freut sich, dass es gelungen ist, die „Archive des Schweigens“ zu öffnen: „Wir konnten Wissen zugänglich machen, das sonst in den Schubladen bliebe. Wir haben öffentlich gängige und ökonomische Mythen über Armut entzaubert und dem eine empirische Analyse entgegengestellt.“ Aber auch zwischenstaatlich sind die Kontakte enger geworden. Michaela Moser von der ASB Schuldnerberatung bestimmt seit einem Jahr die Aktivitäten des europäischen Anti-Poverty-Networks (www.eapn.org) als Vizepräsidentin mit.

Die Politik reagiert Hat aber die Berichterstattung und die unermüdliche Arbeit der Armutskonferenz Einfluss auf die konkrete Politik? Eher nicht, meint Politologe Talos. „Was die Armutskonferenz sehr gut macht, ist, dass sie den Blickwinkel immer auf eines der Probleme lenkt.“ Aber: „Seit 2000 sind alle Rufe, von welcher Seite auch immer, von

wissenschaftlicher Seite oder von der Armutskonferenz, überhört worden. Der Einfluss auf die konkrete Politik war praktisch null. Die schwarz-blaue Regierung hat sich von derlei Thematisierung überhaupt nicht bewegen lassen, etwas zu tun. Der Begriff Armut kam im Regierungsprogramm 2003 nicht einmal vor. Wenn aber eine Regierung das Problem nicht sieht, dann tut sie auch nichts“. In letzter Zeit schaut die Sache ein wenig anders aus: Die Armutskonferenz kann sich die öffentliche Debatte über die Grundsicherung auch auf ihre Fahnen heften. Die SPÖ hat das Thema im Wahlkampf 2006 aufgreifen müssen. Dass das Netzwerk immer wieder vom fatalen Zusammenhang von Armut und Krankheit berichtet, trage dazu bei, dass dieses Problem langsam ins Bewusstsein sickere, so Talos.

Paradies für Millionäre Armut bleibt ein Problem, offenbar ein immer dringenderes: Jeder Vierte, der sich an die Hilfsorganisation Caritas wendet, muss mit zwei Euro pro Tag auskommen. Das ist keine Zahl aus den ärmsten Ländern der Welt, sondern aus einem Staat, der seit Jahren unter den zehn reichsten rangiert: Österreich. 460.000 Menschen sind tatsächlich arm. Eine Million Menschen leben unter der Armutsgrenze von 848 Euro, 60 Prozent davon müssen mit rund 500 Euro im Monat auskommen, erklärt Martin Schenk. Gleichzeitig zieht es deutsche Millionäre wie Ralf Schumacher, Heide Horten und Franz Beckenbauer nach Österreich, weil Reiche seit 1993 keine Vermögenssteuer zahlen müssen und durch ein System von Privatstiftungen für zahlreiche Einkommen gar keine oder sehr geringe Steuern zahlen müssen, kritisiert Christian Felber von der Organisation attac. Laut Weltreichumsbericht 2005 können sich in Österreich 68.000 Dollarmillionäre sonnen – das bedeutet eine Zunahme um rund sieben Prozent. Die Einkommen der Vermögenden wachsen und wachsen, die Armut nimmt zu. Die Armutskonferenz wird weiterhin noch alle Hände voll zu tun haben. Und Sozialminister Buchinger eigentlich auch.

Website und Tagungsprogramm:
<http://www.armutskonferenz.at>

INTERVIEW

„Man ist gezwungen sich selbst zu helfen“

Christine Gurtner, Alleinerzieherin, in der Armutskonferenz engagiert.

Sie unterstützen Alleinerziehende in einer Beratungsstelle. Warum?

Ich bin seit 15 Jahren Alleinerziehende und kenne prekäre Situationen gut. Mein Mann ist damals gestorben. Ich musste irgendwie überleben, bis wir Waisen- und Witwenpension zugestanden bekommen haben.



Bild: Lynn.com

Wer hat Ihnen in dieser schwierigen Zeit geholfen?

Damals gab es noch Sondernotstand. Das wurde mir aber nicht zugestanden, weil ich Witwenpension zu erwarten hatte. Ich kam mir damals vor wie ein Spielball. Beim AMS hatte ich vier Betreuer und jeder sagte mir etwas anderes. Geholfen hat mir meine Schwiegermutter, die pflegebedürftig war. Ich habe sie gepflegt und sie hat mir von ihrem Pflegegeld eine Abgeltung gegeben. Man ist gezwungen sich selbst zu helfen, sich zu informieren, und man muss immer wieder sehr hartnäckig sein.

Wie kommen Sie jetzt über die Runden?

Jetzt mache ich in einer Beratungsstelle bis Ende des Jahres halbtags eine Karenzvertretung. So komme ich ganz gut über die Runden. Ich konnte ein bisschen das Minus am Konto abbauen. Ab Jänner schaut es wieder anders aus. Meine Kinder haben nun wenigstens eine Lehrstelle und bekommen Lehrgeld.

Wie geht es Ihnen damit, wenn es vielen Menschen in Österreich finanziell immer besser geht?

Geldmangel ist bitter spürbar, wenn der Winter oder Weihnachten vor der Tür steht. Jahrelang konnte ich zu Weihnachten nur eine

Kleinigkeit kaufen, meistens praktische Dinge, wie Kleidung, und nur eine Kleinigkeit zum Spielen. Die Familie meines Mannes wohnt seit 100 Jahren im 19. Bezirk. Meine Kinder sind mit Kindern von großteils begüterten Leuten in die Schule gegangen. Dann hieß es oft: Das will ich und das auch. Das war über Jahre ein schwieriger Brocken, den Kindern unsere Situation immer wieder erklären zu müssen.

Sie engagieren sich in der Armutskonferenz. Werden Sie dort gehört?

Die Armutskonferenz hat für mich eine große Bedeutung. Bei den regelmäßigen Treffen kann ich immer wieder Neues erfahren. Es ist notwendig, dass Betroffene in dem Netzwerk gehört werden und ihren Platz haben. Und das passiert auch. Ich kämpfe seit Jahren dagegen an, dass andere meinen, sie wüssten, was für mich als Behinderte wichtig und richtig ist. Das kann niemand so gut wissen wie ich.

Minister Buchinger hat Ihren Brief durch einen Mitarbeiter kurz beantworten lassen. Was halten Sie davon?

Mir geht's ziemlich schlecht damit. In einer ersten Reaktion hätte ich explodieren können. Und dann denke ich mir, das kann nicht sein. Ich habe einen Brief zum Thema Behinderung und Armut verfasst. Ich habe eine ganze Menge Anregungen angeführt. Auf diese Dinge ist der Mitarbeiter überhaupt nicht eingegangen. Er hat nur geschrieben, dass 150 Millionen Euro in die Förderung von Behinderten investiert werden. eba

Betroffen-Vor!-Konferenz
3. März, 14:30–18:00 Uhr, Erarbeitung von Forderungen, Bildungshaus St. Virgil, Salzburg

*Wer hören
will muss
fühlen*

fm4. ORF.at

Wien	103,8
St. Pölten	98,8
Eisenstadt	97,4
Linz	104,0
Salzburg	104,6
Innsbruck	101,4
Bregenz	102,1
Graz	101,7
Klagenfurt	102,9

radio
FM4

;you're at home baby

Unsere Gesellschaft übersieht keine Schwäche. Von Armut betroffene sollen sich für

JETZT WÄRE ICH GERNE UNSICHTBAR

Das persönliche Selbstbewusstsein baut sich nicht nach der Logik des eigenen Ichs auf, sondern es versichert sich seiner durch die Wertungen Dritter.

Text: Karin Jirku, Bilder: Andrea Salzmann

Schulden, Scheidung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und ein fehlendes soziales Sicherheitsnetz: Schon schnappt die Armutsfalle zu. Unsere Gesellschaft akzeptiert keine Schwäche. Armut bleibt meist versteckt. Die, die betroffen sind, sollen sich für ihre Existenz am Existenzminimum schämen.

Scham Neben Furcht und Liebe existiert kaum ein Gefühl, das derart fest in unseren Körpern verhaftet ist wie Scham. Es treibt uns die „Schamesröte“ ins Gesicht, wenn etwas peinlich ist. Werden wir öffentlich bloßgestellt, wollen wir uns verkriechen. Das persönliche Selbstbewusstsein baut sich nicht nach der Logik des eigenen Ichs auf, sondern es „versichert sich seiner durch die Wertungen Dritter“, so der deutsche Soziologe Sighard Neckel. Armut presst die Betroffenen in eine Schablone und zwingt ihnen eine Identität auf. Scham ist das heimlichste Gefühl in unserem Repertoire der Emotionen, und doch zwingt der Staat einen Teil unserer Gesellschaft, einen öffentlichen Seelenstrip-tease hinzulegen.

Zur Schau-stellung der Armut Die Schuld am Zustand der Armut wird bei den Betroffenen selbst gesucht: „Eigenverantwortung“ nennt das unsere Gesellschaft. Für eine Lösung des Problems finden sich kaum Ansätze. Es sind beschämende Bedarfsprüfungen, die ein Mensch, der unter dem Existenzminimum lebt, über sich ergehen lassen muss, bevor ihm Sozialhilfe zugesprochen wird. Die fehlende Krankenversicherung und mangelnde Rechtssicherheit tun ihr Übriges. Ein Mensch, der in Armut lebt, ist gezwungen, seine materiellen Interessen gegen seinen Anspruch auf persönliche Selbstachtung auszuspielen. Die hohe Nichtanspruchnahme der staatlichen Maßnahmen gegen Armut sprechen Bände: Die Armutsfälle ist beschämend. Und die Beschämung einer Person ist die einfachste Form, sich ihrer zu bemächtigen. Denn Beschämung schwächt. Das Gefühl, beim AMS oder am Sozialamt ein Bittsteller von vielen zu sein, bedeutet, das Gesicht zu verlieren, das eigene Ansehen bedroht zu sehen, die eigenen Fähigkeiten nicht ausdrücken zu dürfen.

Armut trotz Arbeit Eine zentrale Instanz der Verteilung von Status in unserer modernen Gesellschaft stellt der Arbeitsmarkt dar. Hier erfahren wir Anerkennung und Achtung von unseren Mitmenschen, die „ganze Person“ – das Aussehen, die Eigenschaften – ist im Schaufenster der Öffentlichkeit ausgestellt und muss eine Bewertung über sich ergehen lassen. „Die gesellschaftliche Prestigeskala belohnt nur Erfolg“, so Neckel. Fällt man aus dem System einmal heraus, droht Subalternität. Und diese kann das soziale Wertgefühl einer Person nachhaltig schwer beschädigen.



ihre Existenz am Existenzminimum schämen.

**Diese Station
wird
videoüberwacht**

Doch Arbeit schützt vor Armut nicht. Immer mehr Menschen arbeiten und haben trotzdem nicht genug zum Leben. Ein fixer Job, der nicht befristet ist, ist zu einem seltenen Luxusgut geworden. Die Realität stellt untypische Beschäftigungsformen dar, wie Teilzeit, Zeitarbeit oder Freelance- eine soziale Absicherung für ArbeitnehmerInnen exklusiv. Geringfügig Beschäftigte bzw. Beschäftigte mit einem freien Dienstvertrag oder Werkvertrag hatten bislang keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung. Solche Arbeitsverhältnisse produzieren „Working Poor“, Menschen, die von ihrer Arbeit nicht

**DIE SCHULD AM ZUSTAND
DER ARMUT WIRD
BEI DEN BETROFFENEN
SELBST GESUCHT:
„EIGENVERANTWORTUNG“
NENNT DAS UNSERE
GESELLSCHAFT. FÜR EINE
LÖSUNG DES PROBLEMS
FINDEN SICH
KAUM ANSÄTZE.**



Scham: Wenn wir für andere sichtbar den eigenen Erwartungen nicht entsprechen können, verlieren wir das Gesicht.

leben können. Diese Gruppe zählt zu der am stärksten wachsenden Gruppe im Sozialhilfebereich.

Lohn als moralische Komponente

Wird einem Menschen keine soziale Anerkennung für seine Arbeit oder eben für seine Bedürftigkeit entgegengebracht, dann wirkt Armut stigmatisierend. Lohn hat auch eine moralische Komponente, diese These hat schon Karl Marx geprägt. In unserer modernen Gesellschaft müssen Personen, die um ihre Existenz kämpfen müssen, immer noch ihre eigene Schwäche taxieren lassen, um Hilfe erwarten zu können.

Armut ist geschaffen

Armut fällt nicht einfach so vom Himmel. Sie ist im Laufe der Geschichte geschaffen worden. Bereits in der Schule lernen wir, wie unsere Produktionskultur abläuft, und dort werden unsere zukünftigen Rollen, Chancen und Identitäten festgelegt. Wer Karriere machen wird oder die Hilfsarbeiterjobs bekommt, ist oft schon im Alter von zehn Jahren klar. Armut ist ein



Angst vor Ausschluss:
Nur im Paradies
unbegründet.



Mangel an Verwirklichungschancen ihrer Betroffenen und ein Verlust an substantiellen Freiheiten. Wer arm ist, ist nicht frei. Unser Leben wird beinahe vollständig von wirtschaftlichen Sachzwängen bestimmt. Das Problem der Verarmung wächst mit ihrer Dauer. Armut bekommt Zinsen mit einem Minus davor: Die Schulden vermehren sich, die Abhängigkeit steigt. Im Alltag hilfsbedürftiger Menschen existiert keine Armutsgrenze. Betroffene erleben Armut als Lebenslage des Mangels: Armut heißt Mangel an Möglichkeiten. In den zentralen gesellschaftlichen Bereichen kann nicht einmal mehr im Mindestmaß teilgenommen werden. Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung: Alles avanciert von der Selbstverständlichkeit zum Luxus.

Lohn der Armut Armut führt zu einem Ausschluss aus der Gesellschaft. Der Sozialstaat dividiert Arme und Arbeitslose auseinander. Die Arbeitslosen werden mit der Drohung Armut diszipliniert. Die, die nichts mehr haben, werden als „unbrauchbar und wertlos“ disqualifiziert. Betroffene investie-

ren viel Energie in die Bewältigung ihres Alltags und in das Verheimlichen ihrer beschämenden Situation. Das bleibt nicht folgenlos: Armut macht krank. Fallen Betroffene aus ihren sozialen Netzen heraus, dann droht Einsamkeit, gepaart mit dem Gefühl von Ohnmacht und Beschämung. Oft bleiben am Ende gar keine Freunde mehr, weil die Teilhabe am alltäglichen Leben wegfällt.

Versagen staatlicher Fürsorge Die primäre Aufgabe eines Staates sollte sein, für ein menschenwürdiges Dasein zu sorgen. Nur wer vertritt die Interessen der von Armut Betroffenen? Im modernen Sozialstaat ist die öffentliche Sozialhilfe die zuständige Instanz der Armutsbearbeitung. Im Sozialamt wird die individuelle Bedürftigkeit eines Menschen in anerkannte Armut übersetzt. Dabei handelt es sich um einen sozialen Konstruktionsprozess, an dem die Sozialarbeiter und ihre Klientel gleichermaßen beteiligt sind. Menschen, die in Armut leben, stehen hierbei vor der Aufgabe, aus einer strukturell schwachen Position heraus Strategien zu finden, Unterstützungsleistungen zu erhalten.

Interessensvertreter gesucht Sozialämter sind Hilfseinrichtungen, die mit sichtbaren Symbolen der Macht spielen. Diese Einrichtungen verkörpern und materialisieren die Lücke zwischen denen, die haben und denen, die nicht haben, zwischen denen, die geben und denen, die nehmen, zwischen denen, die kontrollieren und denen, die Hilfe erhalten. Sozialämter haben also einen klaren politischen Auftrag. Dieser lautet jedoch immer öfter „sparen“. In der neoliberalen Wettbewerbswirtschaft gerät der Sozialstaat unter die Räder. In den Medien ist täglich nachzulesen, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Dieser Schwindel funktioniert, weil die Arbeitgeber ihre Interessen als die der Allgemeinheit verkaufen können. Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut. Oder? Von Armut Betroffene haben in der Regel kaum Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren. Netzwerke wie Arbeitsloseninitiativen oder die Armutskonferenz arbeiten dem von unten entgegen.

Karin Jirku studiert Journalismus an der FH in Wien.



Alter über den Daumen gepeilt

Die Wiener Ärztekammer fordert, dass bei Flüchtlingen das Alter zukünftig nicht mehr nach Augenschein festgestellt wird. Grund: dessen unzureichende medizinische Aussagekraft. Jugendliche verlieren den Anspruch auf altersgerechte Betreuung, wenn sich BeamtInnen „verschätzen“. red



DOKUMENTAR-FILM

Noch einmal Operation Spring!

Nun ist sie also da. Die Reform der Strafprozessordnung. Künftig leitet nicht mehr ein/e RichterIn das Ermittlungsverfahren, sondern die Staatsanwaltschaft. Kritisiert wurde das alte Modell, weil es die Trennung von KlägerIn und RichterIn aufgeweicht hatte. Man könne nicht gleichzeitig nach belastendem Material suchen und unvoreingenommen urteilen. Auch nach der Aufarbeitung des Operation-Spring-Skandals – über hundert AfrikanerInnen wurden aufgrund fragwür-

diger Beweise, falscher Übersetzungen und verummter Zeugen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – wurde von Seiten des Justizministeriums stets auf die Reform der Strafprozessordnung verwiesen. Denn schief gelaufen seien diese Fälle wegen der fehlenden Distanz der RichterInnen zu den Ermittlungsergebnissen der Exekutive. Operation Spring soll sich aufgrund der neuen Aufgabenteilung nicht mehr wiederholen. Diesem frommen Wunsch kann man sich anschlie-

ßen, wenn man nicht vom gleichnamigen Kinofilm spricht. Die Kinosperrfrist des auf-rüttelnden Dokumentarfilms „Operation Spring“ von Tristan Sindelgruber und Angelika Schuster ist abgelaufen. Im ORF könnte sich Operation Spring nun getrost wiederholen. Dem Fernsehsender sind in jüngster Zeit einige Diskussionsformate abhanden gekommen, eine Ausstrahlung in Verbindung mit einer Club-2-Diskussion wäre eine gute Sache. Der Film ist eine Zusammenschau von vielen kleinen Justizfehlern, die erst durch die dramaturgische Verdichtung als Justizskandal ersten Ranges kenntlich werden. red

Wann kommt endlich ein/e DirektorIn?

Im Juni hat die Europäische Grundrechtsagentur mit Sitz in Wien ihre Arbeit aufgenommen. Bloß: bislang wurde immer noch kein/e DirektorIn bestellt. Schon um das Mandat der Einrichtung hatte es ein monatelanges Tauziehen gegeben. Hintergrund: Einige europäische Staaten fürchten eine zu starke Agentur. Wer will sich schon gerne kritisieren lassen? red

Unbefugten Aufenthalt erleichtern

Im Jahr 2006 sind sechs Personen wegen „Erleichterung des unbefugten Aufenthalts“ (§ 115 FPG) verurteilt worden. Drei wollten Familienangehörige schützen. Zahlreiche Personen erklärten in einer Petition, Menschen in Not vor der Fremdenpolizei schützen zu wollen. Diese Petition kann weiterhin unterstützt werden: <http://gegenabschiebung.wordpress.com> red

Europarat kritisiert Österreich

Europarat-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg zeigt sich besorgt über die Bedingungen der Asyl-antragstellerInnen und EinwanderInnen in Österreich. Er kritisierte die Härte der Verfahren zur Asylvergabe und die „immer häufigere“ Anwendung der Schubhaft. Hammarberg hat Österreich Ende letzten Jahres besucht. red



Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg Bild: Council of Europe

Mittlerweile hat Traiskirchen alle Attribute einer Hochsicherheitszone. Jeder Meter wird

FLÜCHTLINGSLAGER

Ausgesperrt

Traiskirchen wird wie militärisches Sperrgebiet abgeschirmt. Wie Securityleute die Menschen bewachen ist ein Geheimnis. Text: Konrad Hofer

Heute hat ein Wachmann seinen Hund auf ein Kind gehetzt. Das Kind, das im Garten spielte, erschrak, schrie und weinte. Der Wachmann grinste, bis er das bellende Tier zurückpiffte. Diese Episode erzählten dem Autor zwei Bewohner des Lagers Traiskirchen, als er für sein Buch „Gestrandet. Aus dem Alltag von AsylwerberInnen“ (2006) recherchierte. Wachorgane haben bei AsylwerberInnen definitiv keinen guten Ruf. „Die sind doch bescheuert“, hört man öfters. Was aber denken Security-Leute, die für gewöhnlich vor Discotheken, in Einkaufstraßen oder als Gebäudeschützer für Ruhe und Ordnung sorgen, wenn sie sich plötzlich in einem Flüchtlingslager mit teils traumatisierten Menschen wiederfinden? Ein, zwei Tage einen Sicherheitsmann in Traiskirchen zu begleiten sollte Einblicke verschaffen. Schon der erste Anruf beim Betriebsrat der Bewachungsfirma des Lagers war positiv, er sagte seine volle Unterstützung zu. Leider erkrankte der Mann vor unserem Gesprächstermin. Er wies aber vorher noch darauf hin, dass das Innenministerium eine Erlaubnis erteilen müsse. Zuständig ist dafür Franz Schabhüttl, ehemaliger Polizist und heute Lagerleiter von Traiskirchen. Der Beamte war schnell kontaktiert, seine Antwort eindeutig: Schabhüttl wünschte „viel Erfolg und Schaffenskraft“ – und versagte den Zutritt. (Die besorgte Begründung ist

im Email-Auszug nachzulesen.) Hatte der oberste Wächter Traiskirchens Bedenken wegen zuviel „Schnüffelei“? Oder wegen des Vergewaltigungsprozesses im Jänner vor vier Jahren? Der Security-Mann wurde damals freigesprochen.

Militärisches Sperrgebiet? Vielleicht ließ sich ein Gespräch mit den Sicherheitsleuten in Traiskirchen selbst anbahnen? Vor zwei Jahren war es trotz Betretungsverbots noch möglich, an zwei Stellen über die Mauer zu springen. Mittlerweile hat Traiskirchen alle Attribute einer Hochsicherheitszone. Jeder Meter wird mit Kameras überwacht, zusätzlich patrouillieren Wachorgane mit Hunden entlang des weitläufigen Areals. Selbst das Fotografieren von außerhalb des Geländes ist verboten. Gleich zweimal drohten Lager-Bewacher dem Fotografen laut und überaus heftig. Ein Hauch „kommunistischer Verhältnisse“ kam auf. Als meist militärische Objekte unter Fotografieverbot gestellt und ein Zuwiderhandeln dazu führen konnte, dass das „feindliche Fotomaterial“ des Sperrgebiets konfisziert wurde. Ist das der „sensible“ Umgang, von dem Schabhüttl spricht? Nicht wenige der interviewten Flüchtlinge gaben als Ersteindruck von Österreich an: „Wir leben hier in einem offenen Gefängnis.“ Der Sicherheitsaufwand signalisiert: „Wir sind hier nicht willkommen, wir



werden als Gefahr gesehen, der Kontakt zur österreichischen Bevölkerung ist nicht erwünscht.“ Wenn die Neuanrücklinge das Lager für einen kurzen Spaziergang Richtung Bahnhof verlassen, passieren sie zunächst die örtliche Polizeistation. Später treffen sie auf Uniformierte, die vor der Volksschule postiert sind. Überraschend viele Eltern warten dort zum Unterrichtsschluss vor den Toren der Volksschule, um ihre Schützlinge sicher nach Hause zu begleiten. Am ohnehin mit Sicherheitsorganen besetzten Bahnhof schließlich sind gleich mehrere Überwachungskameras installiert. Es stellt sich die Frage: Wozu dieser teure Sicherheitsaufwand? Warum ist es nicht gestattet, die BewohnerInnen im Lager zu besuchen? Jedes Gefängnis kennt Besuchsregelungen, nur für AsylwerberInnen in einem Erstaufnahmezentrum sollte es absolut keinen Zutritt geben?

Lage entspannt, Ordnung strikt Dabei könnten die Beschäftigten der Bewachungsfirma jetzt weit entspannter Auskunft über ihren Arbeitsalltag als noch vor zwei Jahren geben. Von den ehemals rund 1.500 AsylwerberInnen, die sich dort mona-

mit Kameras überwacht zusätzlich patrouillieren Wachorgane entlang des Areals.



Traiskirchen:
Flüchtlinge werden als
Bedrohung gesehen
und dementsprechend
behandelt.
Bild: Bernhard Kummer

telang auf engstem Raum aufgehalten haben, sind nunmehr gerade einmal 700 Bewohnerinnen und Bewohner da. Schwerwiegende Konflikte sind kein großes Thema mehr. Die Aufenthaltsdauer hat sich zusätzlich drastisch verkürzt. Nach der positiven Abklärung wird den Neuankömmlingen nach wenigen Wochen eine Unterkunft in einem der Bundesländer zugewiesen, wo sie in die Grundversorgung des jeweiligen Bundeslandes übernommen werden.

Selbst das Fotografieren von außerhalb des Geländes ist verboten. Gleich zweimal drohten Lager-Bewacher dem Fotografen laut und überaus heftig. Ein Hauch „kommunistischer Verhältnisse“ kam auf.

Das Wachpersonal besetzt rund um die Uhr die Portierloge. Ein Kartenscanner registriert jede Person, die ein- und ausgeht. Das Betreten und Verlassen des Lagers ist den BewohnerInnen zwischen 20 und 7 Uhr früh nur mit Sondergenehmigung erlaubt. Einkaufstaschen werden kontrolliert, Alko-

holika konfisziert, ebenso Lebensmittel, die gekocht werden müssen. Dafür gibt es die Großküche.

Sicherheitskräfte entdecken manchmal bei ihren Streifzügen durch das Gelände Flaschen mit Alkohol. Sie wurden durch den Zaun geschoben, um der Kontrolle beim Tor zu entgehen. „Die Hunde erkennen die Sachen am Geruch, dadurch werden sie schnell gefunden“, erzählt ein Bewohner. Spannungen gibt es nach wie vor zwischen verschiedenen Staatsangehörigen und Religionen. „80 bis 90 Prozent der Bewohner sind Muslime“, erzählt ein christlicher Flüchtling, er bleibe auf Distanz. Wie die Security Konflikte schlichtet, soll also Geheimnis bleiben. Flüchtlinge, die nach dem „Sturm der Flucht Vertrauen gewinnen sollen“ (Schabhüttl), zu betreuen oder auch zu „bewachen“ ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Selbst diplomierte SozialarbeiterInnen stoßen dabei leicht an die Grenzen ihrer Fähigkeiten. Wie geht es erst Wachorganen ohne entsprechende Ausbildung? Ist ein Gespräch mit ihnen deshalb „Verschlussakte“?

Mitarbeit: Andreas Bachmann



© www.digitalstock.de

AUSZUG EINER E-MAIL

E-Mail von Lagerleiter Franz Schabhüttl.

Auszug aus dem E-Mail-Verkehr mit dem Lagerleiter in Traiskirchen, Franz Schabhüttl. Er lehnt es ab, dass der Autor einen Tag mit den Security-Leuten verbringt. Die Flüchtlinge bräuchten „eine ruhige Insel im Sturm der Flucht“.

(...)Die Betreuungs- und Erstaufnahmestelle Traiskirchen ist eine exponierte Dienststelle des BM.I, deren Profession die Betreuung von Asylwerbern ist. Diese sensible Aufgabe wird unter Zuhilfenahme verschiedener Firmen, Organisationen und einer NGO mit entsprechender Sorgfalt und Feingefühl wahrgenommen. Menschen, die aus verschiedensten Gründen aus allen Teilen der Welt hier die erste „Anlaufstation“ und eine „ruhige Insel“ im Sturm der Flucht und des Fluchtweges vorfinden, wollen zunächst einmal „Vertrauen schöpfen“. Diese notwendige Basis möchten wir nicht in Frage stellen oder stören(...).

Sehr geehrter Herr Dr. HOFER! Ich bin überzeugt, dass Sie bei Ihrem enormen sozialen Hintergrund und Engagement Verständnis dafür haben werden, dass ich einem Sicherheitsorgan der Fa S. bei der Bewältigung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben nicht eine „außenstehende Person“ beigegeben kann, ohne Misstrauen und Verunsicherung bei den Betreuten zu erzeugen. Es tut mir leid, Ihnen keine entsprechende Nachricht zukommen lassen zu können und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und Schaffenskraft in Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Franz Schabhüttl

NEU REGIEREN

Arbeitslose bald für alle!

Selbstständige sollen sich künftig gegen Arbeitslosigkeit versichern können. Derweil lagert das AMS seine Betreuungstätigkeit aus. Text: Clemens Christl

In der katastrophalen Regierungsbilanz betreffend Grundrechte-Abbau gebührt u.a. auch der jüngsten Arbeitslosenversicherungsgesetzes-Novelle ein Top-Platz. Ein Beispiel: das AMS. Im Grund genommen könnte eine Institution zur Betreuung von Erwerbslosen recht einfach funktionieren: Erwerbslose erhalten Hilfe bei der Jobsuche und zumindest einen Großteil ihres letzten Lohnes als Versicherungsleistung zur Deckung des Lebensunterhalts. Weiterbildung darf gerne inkludiert sein.

Die Realität sah freilich anders aus: Das AMS hatte kaum adäquate Jobangebote, der Lohnersatz zählte in der EU zu den niedrigsten. Auf echte Betreuung verzichtete das AMS (dazu war es gesetzlich bislang immerhin verpflichtet). Zudem geriet das AMS in den vergangenen Jahren erheblich unter juristischen Druck: Erwerbsloseninitiativen und Einzelne klagten zunehmend geltendes Recht ein. Die gesammelten Urteile des Verwaltungsgerichtshofs füllten langsam die Regale. Handlungsbedarf war also nötig.

AMS: Betreuung und Daten ausgelagert. Das sah auch die Regierung so – leider. Sie novellierte das Gesetz. Da das AMS offenbar nicht mehr in der Lage ist, Erwerbslose auf der Suche nach bezahlter Arbeit zu betreuen, darf es diese Tätigkeit fortan auslagern. Damit aber die bisherigen Urteile des Verwaltungsgerichtshofs keine Geltung mehr haben, zählt die Teilnahme an Bewerbungs-Coachings mit Arbeitsvermittlung bzw. mit sozialtherapeutischer Betreuung ab sofort als Arbeit (allerdings ohne ArbeitnehmerInnenrechte).

Mit der Auslagerung werden naturgemäß große Mengen an Daten verschoben. Und

weil das Datenschutzgesetz grundsätzlich noch in Kraft ist, kommt ein Kunstgriff zur Anwendung: Daten werden somit „überlassen“ und nicht „übermittelt“ – das erfordert keine Prüfung. Datenschützer warnen, dass die überlassenen Daten keinem Schutz mehr unterliegen und die Weiterverwertungen damit legal sein könnten. Fast scheint es so, als ob für die „Verwertung“ eigens ein Katalog eingerichtet wurde, der erfasst, was erlaubt ist. 61 Arten von Daten werden darin aufgelistet, vom „Familiennamen“ bis zu „Sanktionen wegen Fehlverhaltens“ am Arbeitsplatz oder der „Betroffenheit von Streik oder Aussperrung“; ein besonderes Schmankerl: „sonstige persönliche Umstände, die die berufliche Verwendung berühren“.

Selbstständige sollen hingegen erst mit 1.1.2009 in den Genuss einer solchen Versicherung kommen – allerdings freiwillig.

„Arbeitslose“ für Selbstständige

Weil die Novelle aber als Errungenschaft verkauft werden soll – Für Arbeitgeber Flexibilität und für Arbeitnehmer Sicherheit ergibt die Konsensformel Flexicurity – gibt es auch Werberühiges zu verkünden: Ab sofort sollen sich alle Erwerbstätigen gegen Arbeitslosigkeit versichern können. Freie DienstnehmerInnen unterliegen bereits seit Anfang dieses Jahres einer Pflichtversicherung. Selbstständige sollen hingegen erst mit 1.1.2009 in den Genuss einer solchen Versicherung kommen – allerdings freiwillig. Jene, die ihren Unterhalt aus mehre-

ren geringfügigen Beschäftigungen bestreiten, werden weiterhin nicht berücksichtigt. Und jene, die ihren Lohn aus mehreren Beschäftigungsformen neben- oder in schneller Abfolge hintereinander verdienen, haben es auch nicht viel leichter: Mit viel Rechenerei und präziser Planung wird eine Arbeitslosenversicherung aber zumindest in manchen Fällen möglich. Ob auch leistbar, ist eine andere Frage.

Fazit: Die Prämisse der aktuellen Novelle ist, dass Arbeitslose um jeden Preis beschäftigt werden müssen – Zwang inklusive. Entsprechend wird der Rechtsgrundsatz der Begründungspflicht partiell aufgehoben. Verordnen AMS-MitarbeiterInnen ein Coaching, müssen sie das fortan nicht mehr begründen. Praktisch, denn damit werden so nebenbei auch hier die rechtsgültigen Urteile des Verwaltungsgerichtshofs hinfällig. Widerstand tut Not und hatte zumindest einen kleinen Erfolg: AK und ÖGB mutierten im Zuge des Begutachtungsverfahrens von Gesetzesnovellen-IngenieurInnen zu GegnerInnen. Ziel muss aber weiterhin bleiben, Arbeit klar vom Einkommen zu entkoppeln.

Clemens Christl ist Mitglied des Kulturrats Österreich.

Links:
www.amsandstrand.com
www.amsand.net
www.arbeitslosensprecherin.at
www.soned.at
www.arbeitslosennetz.org
www.chefduzen.at

Literatur:
 Karl Reiter: Mindestsicherung und ALVG-Novelle. In: Grundrisse Nr. 24/ 2007
 Maria Wölflingseder: Die Maßnahmen des AMS. In: Schulheft Nr. 127/ 2007

Fundraising für Integration & Migration

Einen Fundraising-Kongress für NGOs, die sich auf Integrations- und Migrationsarbeit spezialisiert haben, bietet die Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland an. Voraussichtlicher Termin: Juni 2008. www.bpb.de/fundraising-tag red

BINATIONALE EHEN

Freizügigkeit für alle! – Gute Chancen für Anfechtung des Fremdenrechts beim EUGH

Nicht einfach zu verstehen ist folgendes: Ausländische EhepartnerInnen von EU-BürgerInnen in Österreich erhalten dieselben Rechte wie ihre Gatten (z.B. die neuseeländische Ehefrau eines Deutschen). Ausländische EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen erhalten nicht dieselben Rechte (z.B. die neuseeländische Ehefrau eines Österreichers) – außer der österreichische Teil hat

bereits von seiner „EU-Freizügigkeit“ Gebrauch gemacht. Darunter verstehen JuristInnen das im EU-Vertrag verbriefte Recht, dass EU-BürgerInnen in allen EU-Staaten arbeiten, Dienstleistungen anbieten, oder sich niederlassen dürfen. Wer also nicht bereits in einem anderen EU-Land gearbeitet, gehandelt oder länger gewohnt hat, dessen EhepartnerInnen dürfen das in Österreich auch

nicht. Diese Konstruktion, mit der die österreichische Gesetzgebung das Recht auf Privat- und Familienleben umgehen will, wurde vor Neujahr vom Verfassungsgerichtshof (VFGH) bestätigt. Roland Hermann von der Kanzlei Wolfgang Rainer macht darauf aufmerksam, dass der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) bereits im Juli 2002 entschieden hat, dass UnionsbürgerInnen ihren Mitgliedstaat nicht unbedingt verlassen müssen, um für drittstaatsangehörige Familienmitglieder die aufenthaltsrechtlichen Privilegien aus der „EU-Freizügigkeitsberechtigung“ in Anspruch nehmen zu können. red

Inserat MitMensch Bleiben Jetzt!

Auf Initiative von SOS Mitmensch haben sich über 600 Personen und Organisationen mit der Forderung nach einer Bleiberechtsregelung an die Bundesregierung gewandt: „Gesetz und Menschenrechte dürfen kein Widerspruch sein. Menschlichkeit muss sich vielmehr in den Gesetzen widerspiegeln“. Der Appell ist auch in der Heftmitte abgebildet. red

Schlimmer als Schwarz-Blau

Alljährlich präsentiert die Liga für Menschenrechte einen Bericht zur Menschenrechtslage in Österreich. Anwalt Georg Bürstmayr beurteilte das Asyl- und Fremdenrecht. Fazit: Unter Rot-Schwarz ist es für Flüchtlinge und AsylwerberInnen schlimmer als unter Schwarz-Blau. Der Sager wurde von Medien dankbar aufgenommen. red

Maria Sterkl gewinnt Vielfaltspreis

Den EU-JournalistInnenpreis „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ hat die MOMENT-Autorin Maria Sterkl in der Sonderkategorie „Jahr der Chancengleichheit“ gewonnen. Ihr Beitrag „Gemeinsam alt im Ausländerbezirk“ für den Online-Standard wurde aus 800 Einsendungen gekürt. Siehe Pucher-Interview in dieser Ausgabe von MOMENT auf Seite 18. red



Maria Sterkl gewinnt EU-JournalistInnenpreis. Bild: Privat

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Sozialarbeit: Der ganz normale Wahnsinn, Alltag in Wien.
Bild: Isabell Bickel



Rasche Hilfe nach einer Woche

Unlängst ist ein 17-jähriger Bursche aus Marokko abgeschoben worden. Am Freitag haben sie ihn festgenommen und am Montag schon nach Italien ‚verbracht‘, wie das so schön heißt. Nach einer Woche war er wieder da. Er kommt wieder in Schubhaft, geht in Hungerstreik – als 17-Jähriger! – und wird schließlich freigelassen. Kurz darauf kommt ein Freund von ihm zu mir und sagt, dass er aus dem Darm blutet. Ich sag, dass er ihn sofort herbringen soll. Der traut sich aber nicht mehr auf die Straße, ich besteh drauf. Er kommt dann doch und ich geh mit ihm zu den Barmherzigen Brüdern, die immer wieder helfen. Dort warten wir dann eine Stunde und am Ende kommt der Arzt und sagt: Ich kann ihn nicht behandeln, der muss ins Kinderspital. Ich frag ihn darauf, ob er die Rettung rufen kann, er empfiehlt uns ein Taxi. Wir gehen zurück ins Büro, ich ruf im AKH an, ob sie den Buben aufnehmen. Man weiß ja nicht, vielleicht ist er denen wieder zu kurz oder zu lang... Im AKH hat ihn dann ein Arzt „oberflächlich“ angesehen und gemeint, also krank schaut er nicht aus. Er wollte ihn wohl nicht behandeln, weil der Bub keine Krankenversicherung hat. Na ja, er war halt kein weißer Österreicher. Und dann, eine Woche später geht es dem Jungen immer noch nicht bes-

ser. Am Ende bin ich mit ihm wieder zu den Barmherzigen Brüdern gegangen. Da haben sie ihn dann aufgenommen... obwohl er immer noch ein Kind war.

Schuhe und Hose verloren

Ein Mann aus Nigeria kommt in Schubhaft auf den Hernalser Gürtel. Er hat panische Angst vor der Abschiebung, weil er zuckerkrank ist und sagt, dass es dort das Insulin nicht gibt, das er braucht. Das dürfte auch stimmen. In der Schubhaft kann man nur dreimal pro Woche kurz duschen. Weil er unter der Dusche auch ein G'wand wascht, dauert es länger. Es kommt zu einer Schreierei mit den Wachorganen, daraufhin nehmen sie ihn in einen Würgegriff und schleifen ihn 50 Meter am Gang entlang. Sie wollten offenbar ein Exempel statuieren. Ein Beamter hat ihn so gehaut, dass der Mann einen Arm nicht mehr bewegen kann. Als er dann seine Freundin anrufen darf, verständigt die sofort einen Anwalt. Der hat dort einen Arzt hingeschickt und das Ergebnis ist: der Mann wurde tatsächlich so mishandelt, dass er beim Schleifen durch den Gang seine Schuhe und Hose verloren hat. Drei Tage später ist er frei. Untersuchungen werden eingeleitet, sechs Personen vernommen: drei Ärzte und drei Beamte. Ich komm als Vertrauensperson mit, allein der Dolmet-

scher war sehenswert: Ein 80-Jähriger den die Frau hingebracht hat, ist auf den Sessel geplumpst... also von Übersetzen keine Rede. Einer der drei Ärzte ist schon durch seine Stiefel aufgefallen. Mit seiner strammen Haltung und dem befehlsartigen Ton hat er mich an was erinnert, das sag ich jetzt besser nicht. Richtig interessant sind aber die Aussagen der drei Beamten: die haben alle drei wortwörtlich das gleiche zu Protokoll gegeben. Wenn's nicht so furchtbar wär, dann wär's ja lächerlich. Die drei berichten, sie hätten den Mann am Ende vom Gang gefragt: Bist jetzt normal? Kannst du die Stufen da raufgehen? Das Problem ist nur: da waren gar keine Stufen, die haben ihn in den Aufzug g'schmissen. Schaut nicht gut aus... Einer der drei Beamten ist übrigens auch Afrikaner. Der wollte durch besonders hartes Vorgehen beweisen, dass er eh auch ein Weißer ist. Der Fall ist beim Unabhängigen Verwaltungssenat anhängig. Ein Urteil wär schon wichtig, weil die Leute meistens, wenn's einmal draußen sind, einen Prozess lieber vermeiden. Aber solche Übergriffe passieren ja immer wieder. *gun*

Flüchtlingsprojekt Ute Bock
A-1020 Wien, Große Spertlgasse 4
Spenden:
Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99 Bankleitzahl 57000

SPOTLIGHT

ANTIRASSISMUS

Geballte Kraft

Hikmet Kayahan will das Anti-Rassismus-Netzwerk ENARA als Obmann in den nächsten beiden Jahren vom Gedankenaustausch zur Handlungsfähigkeit führen.

Text: Michael Weiß, Bild: Bernhard Kummer

Zum Beispiel ein Amtsbesuch. „Der Beamte hatte meinen Vater per Du und in gebrochenem Deutsch angesprochen. Der offensichtlich einzige Grund: sein Aussehen.“ Das war noch in Deutschland, Hikmet Kayahan erinnert sich. Praktisch eins zu eins wiederholt hatte sich das viele Jahre später, mittlerweile in Österreich. Im Gegensatz zu seinem Vater wusste Kayahan sich zu wehren. Er fragte den verdutzten Beamten, seit wann sie per Du seien und wo er denn Deutsch gelernt habe. Kayahan trocken: „Ich habe das rechtliche und rhetorische Rüstzeug, mich zu wehren. Viele andere haben das leider nicht.“

Leichter gehabt Seit Herbst 2007 ist Hikmet Kayahan Obmann des Anti-Rassismus-Netzwerks ENARA (European Network Against Racism Austria), dem nationalen Ableger von ENAR. Das EU-weite Netzwerk arbeitet seit 1997 intensiv gegen Rassismus und Diskriminierung an und besteht als loser Zusammenschluss von mittlerweile 600 NGOs. „Mir ist klar, dass es mir besser geht“, ist sich Kayahan bewusst, „weil ich nicht zur Gruppe der sichtbaren Minderheiten gehöre. Insofern habe ich es sicher immer etwas leichter gehabt als andere MigrantInnen.“ Vor mittlerweile 18 Jahren verschlug es den Germanistik und Pädagogik-Absolventen eher zufällig nach Österreich. Das Spiel nationaler Zuschreibungen erlebte er selbst: In Deutschland wurde er als Türke wahrgenommen, in der Türkei als Deutscher und in Österreich

als Deutschtürke. Wirklich „zu Hause“ fühlte er sich nirgends.

Handlungsfähig werden Aus ENARA will der ehemalige Leiter der Beratungsstelle von ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) in den nächsten zwei Jahren eine handlungsfähige Organisation machen.



Hikmet Kayahan neuer ENARA-Vorsitzender

„Wir wollen uns durch die geballte Kraft der Mitglieder Gehör verschaffen. Denn „eine Hand hat nichts, aber zwei Hände haben alle Stimmen.“, zitiert Kayahan ein türkisches Sprichwort. Keine einfache Aufgabe für das vielgliedrige Unternehmen. Zwar haben alle NGOs ihre Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung gemeinsam, sie kommen jedoch alle aus unterschiedlichen Rich-

tungen. Die bisherige Unverbindlichkeit und zeitweise Handlungsunfähigkeit waren für manche Mitglieder sogar Grund, wieder aus dem Netzwerk auszusteigen. Für den ausgewiesenen Migrationsexperten ein Lernprozess für die nächste Stufe: „Das fängt bei banalen Dingen wie Presseaussendungen an.“ „Bisher hat es ewig gedauert, bis ENARA reagieren konnte, weil alles mit allen Mitgliedern besprochen werden musste. Jetzt haben wir uns auf ein Sechs-Augen-Prinzip geeinigt. Das heißt, ich kann Presseaussendungen im Namen aller Mitglieder veröffentlichen, sobald zwei davon sie bestätigt haben.“

Bundesländer stärker einbinden Weitere Anliegen in den nächsten Jahren sind die Akquirierung neuer Mitglieder (derzeit etwa 20) und finanzieller Mittel, deren Fehlen auch Mitgrund für die bisherige Passivität der Organisation war. Vor allem die Ausweitung von ENARA in die Bundesländer ist für Kayahan sehr wichtig. „Allerdings ist das schwierig, wenn wir uns nicht einmal eine Reise von Innsbruck nach Wien und zurück für ein Meeting leisten können.“ Die Finanzen sind nur einer der aktuellen Punkte, die neu verhandelt werden müssen. Grundsätzlich, so Kayahan, geht es jetzt darum, die Schnittstellen zwischen den Mitgliedern zu finden und sich gemeinsam Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Das Ziel steht für ihn fest: „Eine schlanke, glaubwürdige und schlagkräftige Lobbying-Organisation gegen Rassismus und Diskriminierung.“

Ich habe ein **DATUM**:
1969 haben wir einen Fernseher
bekommen. Was ich darin gesehen
habe, hat mich so fasziniert, dass
ich Schauspieler werden wollte.
Ich bin es geworden, allerdings im
Theater – ohne Flimmern.

Wir sprechen mit den Menschen. DATUM. Magazin für Politik und Gesellschaft.

POPULÄRKULTUR

POLITISCHES KOCHBUCH

Der Geschmack der Fremde



Was können österreichische AutorInnen unternehmen, wenn ihnen die hiesige Fremdenrechtspolitik stinkt? Richtig: sie können essen! Nämlich auf Einladung von Flüchtlingen und MigrantInnen. „Die meisten Leute in Österreich denken, dass der Staat die Immigranten nicht durchfüttern soll. Und jetzt füttern die Immigranten mich“. Das sagt Johannes Gelich, einer von 33 österreichischen LiteratInnen, die auf Vermittlung des Wiener Integrationshauses bekoht wurden. Entstanden ist eine Sammlung von Flucht-Geschichten in unterschiedlichen literarischen Formen, garniert mit köstlichen Rezepten, nicht von hier.

In der nun zweiten Auflage wird das Buch von einem weiteren „Tischgespräch“ eingeleitet, bei dem auch die SOS-Mitmensch-Vorsitzende Nadja Lorenz teilgenommen hat. Diese Gespräche zwischen den HerausgeberInnen des Buches und ExpertInnen zu Asyl- und Mig-

rationsfragen stimmen die LeserInnen thematisch auf das später Folgende ein. Kleines Manko: Die etwas gewöhnungsbedürftige Typografie schränkt zwar die Lesbarkeit ein, tut dem Genuss aber keinen Abbruch. *red*

Der Geschmack der Fremde, Rezepte Gespräche.
Lucas Cejpek, Margret Kreidl (Hg.)
Sonderzahl Verlag,
Zweite Auflage 2007
Taschenbuch: 271 Seiten
ISBN: 3 85449 223 5

ONLINE-GAME

Last Exit Flucht



Reißende Bestien und sinistere Söldner drohen im Hintergrund, während eine junge Frau ängstlich eine Tasche als einzige Habe an sich drückt. So präsentiert sich die Startseite von Last Exit Flucht, einem Online-Game des UN-Flüchtlingskommissariats. „Das Spiel, bei dem du der Flüchtling bist“ sucht Erleben und Bilder von Flucht spielerisch erfahrbar zu machen, und zugleich schon Jugendliche zu sensibilisieren. Ein interessanter Versuch des UNHCR – auch über Schuleinsätze – die kulturelle Hegemonie im umkämpften Game-Sektor für sich zu gewinnen.

Das Game gibt es nun auch in englischer Sprache unter dem Titel „Against all odds“. *red*

www.lastexitflucht.org
www.playagainstallodds.com

LISTEN

2 X 5 Dinge und sonst?

Menschen von SOS Mitmensch bringen zwei mal fünf Dinge für Sie in die richtige Reihenfolge.

5 Langspielplatten, auf denen sich ein Song mit dem Wort „Refugee“ im Titel befindet.

- 1 Fugees: Blunted on Reality
- 2 Ophra Hasa: Kirya
- 3 U2: War
- 4 The Tears: Here comes the Tears
- 5 4 Your Soul: Live at the Billy Blues

5 Lokale, in denen die Mittagspause Spaß macht, auch wenn mal etwas Abwechslung angesagt ist.

- 1 NeuDelih – Nelkengasse 1, 1060 Wien
- 2 Sapa – Lindengasse 35, 1070 Wien
- 3 Europa – Zollergasse 8, 1070 Wien
- 4 St. Josef – Mondscheingasse 10, 1070 Wien
- 5 Schon Schön – Lindengasse 53, 10 70 Wien

Und sonst?

Find' ich's gut, dass wir jetzt einen Radständer vor der Haustüre haben, weil ich mein Rad jetzt nimmer ins Büro tragen muss.



Sabine Zhang ist Geschäftsführerin von SOS Mitmensch
 Bild: Christian Müller

mq

Was Sie im Moment alles verpassen:
www.mqw.at

FREMDENFINDLICHKEIT

Soziologie für alle



An dieser Stelle hätte eine Besprechung des 2. österreichischen Migrations- und Integrationsberichts stattfinden sollen. Da aus dem Bericht der Abschnitt über Fremdenfeindlichkeit herausgefallen ist, wollen wir ausgleichend wirken und Jörg Stolz's „Soziologie der Fremdenfeindlichkeit – theoretische und empirische Analysen“ aus dem wissenschaftlichen Campus-Verlag vorstellen. Die Dissertation des Schweizer Soziologen ist zwar inzwischen schon etwas in die Jahre gekommen (2000), tut aber immer noch gute Dienste. Denn Stolz beschränkt sich nicht auf die Darstellung von Ergebnissen der Einstellungsforschung, wie man sie sich auch aus dem Internet besorgen kann, sondern stellt dem ganzen sein theoretisches Modell voran: Das gibt Auskunft, welche Einflussfaktoren der Autor in Bezug auf „negative Einstellungen gegenüber fremden Personen“ für relevant hält. Erst im zweiten, empirischen Teil wird ausgeführt, welche dieser Annahmen der Überprüfung standhielten. Die Arbeit genügt akademischen Ansprüchen, ist aber so geschrieben, dass man noch nie etwas vom „Regressionskoeffi-

zienten“ gehört haben muss, um das ganze zu verschlingen. Kernergebnis: „Traditionalismus“ ist die wichtigste Determinante für Fremdenfeindlichkeit. *red*

Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen. Jörg Stolz
Taschenbuch: 336 Seiten
Verlag: Campus Fachbuch;
Auflage: 1 (2000)
ISBN-10: 3593364719

INTERNET-FILM

Natalies Geschichte

Einen sehr persönlichen Zugang hat der Wiener Musiker Patrick Bongola gewählt, um den Tod von Seibane Wague aufzuarbeiten. In dem einstündigen Film „Natalies Geschichte“ kombiniert er lange Interviewpassagen mit der Witwe Wagues mit persönlichen Gedanken und dokumentarischen Szenen über die Proteste und Gerichtsverhandlungen in Folge der rechtswidrigen Amtshandlung im Stadtpark. Bongola war als Aktivist in die Protestbewegungen eingebunden und hat in dieser Zeit auch seine Videokamera draufgehalten. So verfügt er über einzigartige Zeitdokumente, etwa von den Verhandlungspausen der Verhandlung des UVS (Unabhängiger Verwaltungssenat), in welcher die Republik Österreich schließlich schuldig gesprochen wurde. Die Sequenzen vermögen viele Feinheiten der Stimmung dieser Zeit wieder zu geben, welche in der Erinnerung leicht zu einer geradlinigen Erzählung geglättet werden. Im Zentrum des Films stehen aber die berührenden Schilderungen Natalies, die erstmals öffentlich dem Menschen Wague eine Gestalt geben, die über das Schemenhafte der Nachrichtenmedien hinausgeht. *red*

Im Internet unter: <http://www.stage6.com/user/daskunst/video/1974174/Natalies-Geschichte>

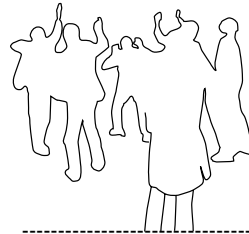


Spielt nicht mit dieser Welt!

Die derzeitige Form der Globalisierung geht an den Menschen vorbei. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber.

Die Politik der EU ist ein gutes Beispiel für diese falschen Prioritäten. Die neoliberale „Freiheit“ von Investoren und Konzernen geht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, der kulturellen Eigenständigkeit und zu Lasten der Frauen.

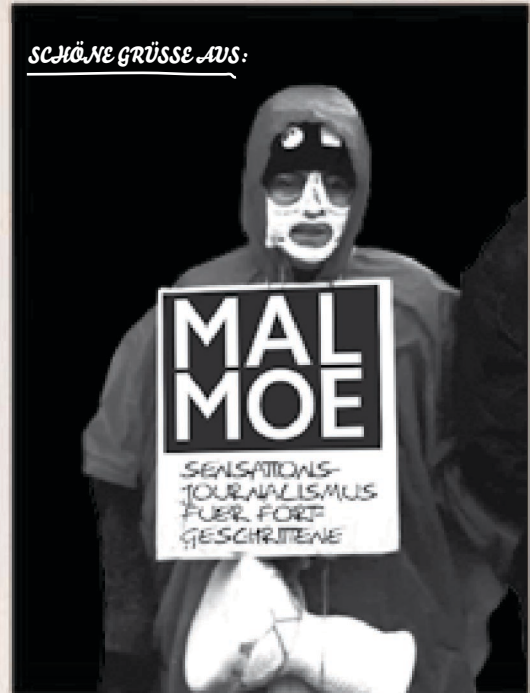
Attac zeigt gleichermaßen negative Entwicklungen wie mögliche Alternativen auf. Zum Beispiel im Attac-Bestseller des Jahres 2006 „Das kritische EU-Buch“.



Informieren Sie sich auf unserer Website, bestellen Sie „Das kritische EU-Buch“, fordern Sie Infomaterial an oder werden Sie Mitglied.
 E-Mail infos@attac.at Telefon 01.544.0010

Globalisierung braucht Gestaltung – Attac braucht Ihre Unterstützung: PSK Kto-Nr. 92.145.148 BLZ 60000

%attac.at



www.malmoe.org

SO GESEHEN

Kampfdrängeln

Warten ist nichts für Gewinner. Nur beim Sterben sind die Armen schneller dran. Von Martin Schenk



Die letzte Zugabe ist gespielt. Die Lichter gehen an. Die Band hinter der Bühne, wir schon vor der Garderobe. Es herrscht Kampf Stimmung. Entweder eine halbe Stunde in den Massen quetschen, oder lieber Fünf-Minuten-Kampf um die Jacke und dann raus auf ein kühles Bier. Die Fünf-Minuten-Variante gibt's aber nicht umsonst. Da heißt's drücken, stoßen, Ellbogen einsetzen. Wenn man ganz vorne angelangt ist, den Garderobenzettel nicht einfach anbieten, sondern offensiv den Gardarobiers unter die Nase reiben – sonst verspielt man alle Zeit, die man im Kampfdrängeln gewonnen hat.

Der Stärkere gewinnt. Das ist die marktradikale, „neoliberale“ Variante. Warten ist nichts für „Stärkere“. Einkommen, Beruf und Bildung schlagen sich auf die Zeit. Menschen mit geringem sozialen Status warten beim Arzt in Ambulanz oder Ordination durchschnittlich um 15 Minuten länger als PatientInnen aus höherer sozialer Schicht. Und im Spital haben wir erst jüngst gehört, dass der Sonderklasse-Patient die Oma mit Sozialhilfe vom Operationstisch nach hin-

ten verdrängt. Länger warten auf Hilfe, dafür geht das Warten auf den Tod umso schneller. Ärmere sterben um sieben Jahre früher als Reichere.

Dabei spielen sich in einigen Institutionen des Landes unbenutzt kleine kulturelle Revolutionen ab. Bei der Post gibt es seit einiger Zeit eine Reihe, in der – wer ganz vorne zu stehen kommt – sich den nächsten freien Schalter sucht. Auch schon am Bahnhof gesehen. Das verteilt die schnelleren und langsameren Schalterbeamten gleich auf alle Wartenden. Mehr Gerechtigkeit beim Briefverkehr und in der Bahnhofshalle! Und in den öffentlichen Verkehrsmitteln tönt es neuerdings aus den Durchsagelautsprechern, „Überlassen Sie ihren Sitzplatz denjenigen, die einen solchen dringender brauchen.“ Das Warten der Schwächeren auf einen entlastende Sitzgelegenheit soll gleichsam durch die individuelle Verantwortung aller Fahrgäste verkürzt werden. Verantwortung in Freiheit. Ein anspruchsvolles Programm. Das im Garderobenmatch nicht funktioniert. Meine Jacke hab' ich jetzt. In fünf Minuten war es trotz strategisch ausgefuchsten Kampfdrängeln nicht zu machen. Aber zehn Minuten ist auch nicht schlecht, oder?

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.
Illustration: Petja Dimitrova



Fanny hat einen Vorsatz. 2008 will Fanny vorsätzlich oft schmunzeln und/oder geschmunzelt werden. Sollte dies bis ca. Ostern nicht oft genug gelingen, hat sie sich zur Buße heftiges Kichern verordnet, nicht unter drei Minuten täglich, mindestens bis August. Und wenn selbst das nichts fruchtet, gilt nur noch fettes Dauerginsen bis 2009. Nachsatz: Um ganz sicher zu gehen, hat Fanny seit heute eine neue Brille - mit Fröhlichkeitsgarantie bis Maria Lichtmess!

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

Akakiko

EASY JAPANESE DINING

SOS MITMENSCH

WAS WURDE AUS...

dem Lichtermeer?

Sie erinnern sich! Am 23. Jänner 1993 strömten 300.000 Menschen allein in Wien mit Fackeln auf die Straße, um für „eine Politik der Vernunft und gegen Sündenböcke“ einzutreten. Und wo stehen wir heute? 1992 hatte das Ausländer-Volksbegehren der FPÖ zur Gründung von SOS Mitmensch geführt und die Republik mobilisiert. Von der Gewerkschaft bis zu den Amtskirchen – die Republik erhob den Zeigefinger. Sogar Fremdenrechtsverschärfer Innenminister Franz Löschnak biederte sich an. Gegen den aufsteigenden Kärntner war man sich einig, gegen seinen rücksichtslosen „Wir vor Ihnen“-Kurs nicht. Sukzessive machte sich die parteipolitische Mitte daran, das Wertesystem der Rechten zu implementieren. 15



Am 23. Jänner 1993 kamen 300.000 auf den Wiener Heldenplatz. Bild: K. Keinrath

Jahre später haben wir es mit einer Regierungskoalition zu tun, die einen Jörg Haider Jahrgang 93 mit Leichtigkeit aus dem rechten Eck verdrängen würde. Positionen, die damals als fremdenfeindlich galten, werden

heute von der Regierungsbank verkündet. Die gesellschaftliche Mitte ist pulverisiert, die im internationalen Vergleich ohnehin kreuzbrave Caritas hält in Österreich als linker Rand her. *phs*

WAS WURDE AUS...

der Straßensammlung?

Von 10. bis 14. Dezember 2007 streiften ehrenamtliche MitarbeiterInnen und SchülerInnen des BORG Wien 3 durch die Straßen Wiens, um für SOS Mitmensch Spenden zu sammeln. Zur Vorbereitung hat Fundraising-Leiterin Irene Holloway einen Workshop konzipiert. Die Jugendlichen wurden

damit auf die Sammlung vorbereitet und an das Thema Armut herangeführt. Dabei standen die Wahrnehmung von Armut sowie ihre Bekämpfung im Vordergrund. Gesammelt wurde für die Zeitschrift MOMENT, die auch eine sozialpolitische Aufgabe erfüllt. SOS Mitmensch überlässt MOMENT

den KolporteurInnen der Bunten Zeitung zum Verkauf. Damit finanzieren sich über 250 Menschen einen Teil ihres Lebensunterhalts (Ein Portrait der Kolporteurin Carmen finden Sie in Ausgabe Nr. 9). „Wir wollen diese Möglichkeit unbedingt aufrecht erhalten, da der Verkauf von Zeitungen für viele die einzige legale Einnahmequelle ist.“, betont Sabine Zhang, Geschäftsführerin von SOS Mitmensch. *red*

Ehe ohne Grenzen bleibt

Seit einem Jahr findet die Initiative Ehe ohne Grenzen im Dock, dem Gassenlokal von SOS Mitmensch in der Wiener Zollergasse, Unterschlupf. SOS Mitmensch stellt Räumlichkeiten, Büroinfrastruktur und Know How zur Verfügung. Kürzlich wurde die Kooperation um ein weiteres Jahr verlängert. *red*

Migration von Morgen denken

Über die Grenzen Europas und die aktuelle Situation hinauszudenken, forderte SOS Mitmensch-Vorsitzende Nadja Lorenz bei der Fremdenrechtsdiskussion von Rechtsanwaltskammer Wien und Standard. Lorenz: „Mit der Genfer Konvention und nationalen Gesetzen ist aktuellen Fluchtbewegungen nicht mehr beizukommen.“ *red*

Flucht ist kein Verbrechen

Bereits traditionell ist das alljährliche gemeinsame Frieren einiger FlüchtlingshelferInnen kurz vor Weihnachten. Eineinhalb Stunden hat das kleine Häuflein am 23. Dezember vor dem Polizeianhaltezentrum Hernals gegen Schubhaft gezittert. Drei Tage später erlitt ein 17-Jähriger schwere Verletzungen bei einem Zellenbrand. *red*



Freeze-in vor der Schubhaft Hernals. Bild: A. Knapp



Ja, ich will 4x jährlich MOMENT lesen

- StudentInnen/Selbstkostenabo 8,80 Euro
- Normalabo 40 Euro
- Förderabo 80 Euro
- Geschenksabo 40 Euro

Name:

Adresse:

Stadt:

E-Mail: abos@moment.at

Post: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

Das Abo umfasst 4 Ausgaben pro Jahr und verlängert sich nach Ablauf des Abo-Zeitraums automatisch um ein Jahr zum vereinbarten Abo-Preis. Das Abo kann unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist vor Ablauf des Abo-Zeitraums gekündigt werden. Erlagschein wird Ihnen zugesandt.

Zum Abo erhalten Sie eine Lichtermeer-Erinnerungs CD mit Liedern von Ambros, Danzer, Wiener Tschuschenkapelle etc.

ANDERE ÜBER SOS MITMENSCH

Sich von Armutsbildern lösen

Bernhard Kummer fragte sich, wie man Bilder zu einer Armut-Reportage finden kann, ohne die abgebildeten Menschen zu beschämen oder zu stigmatisieren.

Wie kann Armut dargestellt werden, ohne dass sie stigmatisierend wirkt? Diese Frage stellte ich mir, bevor ich mit der Autorin für die Reportage in dieser Ausgabe eine Gruppe rumänischer BettlerInnen besuchte. Mir war bald klar, dass ein fotografischer Blick von oben auf die Armen vermieden werden sollte. Ich wollte keinesfalls von Armut betroffene Menschen auf Gesten festschreiben, die sie auf ihre Bedürftigkeit reduzieren. Ich stellte mir die Frage, wie ich die Leute vor meinem Bedürfnis schützen konnte, eine gute Story zu fotografieren. Ich wollte eine Haltung einnehmen, in der ich die Dinge auf mich zukommen lasse. In einer 30m² großen Wohnung trafen wir Männer, Frauen und Kinder, die dort zu zwölf verborgen leben. Bis dahin hatten sie jede fotografische Abbildung abgelehnt – wohl aus Furcht vor der Preisgabe ihrer geheimen Bleibe und dem damit verbundenen Verlust ihrer Einkünfte. Die Autorin hatte gemeinsam mit der Übersetzerin in vorangehenden Treffen mit den Leuten bereits einen Vertrauensraum geöffnet, der uns den Weg für ein abermaliges Treffen ebnete. Ich ging nun einfach mit, trotz eines gewissen Unbehagens davor, zurückgewiesen zu werden. Eine innere Losgelöstheit war das beste Instrument, um die Situation offen erscheinen zu lassen. So kamen wir an und wurden für mich überraschend freundlich empfangen. Ich musste nun vorsichtig sein. In der Konfrontation mit Menschen, unter deren Lächeln die Angst davor, verraten zu werden stand, galt es zunächst hinzuhören. Jenes Hinhören scheint mir das wichtigste Instrument bei der Darstellung von Armut zu sein. Ein ins Zuhören eingebetteter Blick weitet die Sicht und bewahrt vor Festschreibungen. Mit den Augen hören... Ich wartete ab. Dank des guten Gesprächsklimas – die Übersetzerin trug das Ihre durch eine glaubhafte Vermittlung unserer Anliegen bei – und meiner Zusicherung, keine Gesichter abzubilden, entspannte sich die Lage rasch. Die Kinder kamen auf mich zu und ich spürte, dass sie mit meiner Arbeit einverstanden waren. Da ich keine Gesichter

abbilden konnte, entschied ich mich, den Menschen durch die Darstellung ihrer Hände ein Gesicht zu verleihen. Die Hände wurden zu Akteuren, die Geschichten von den Dingen des täglichen Lebens erzählen. Interessanterweise hatten die Frauen keine Einwände, Bilder ihrer Kinder und ihrer Gesichter zu veröffentlichen. Als hätten wir es vereinbart, nahmen die Kinder nun selbstbewusste Posen ein. Gute Stimmung kam auf. Die Technik der Digitalkamera wirkte vertrauensbildend. Sie konnten jedes Bild sogleich betrachten, sahen, dass ihre Intimität gewahrt blieb. Ja, es war auch eine Freude darüber zu verspüren, auf diese Art und Weise wahrgenommen zu werden... All das bestätigte uns in unserer Annäherung an Armut: nicht im Sinne einer Festschreibung von Ohnmachtsverhältnissen. Sondern unverklärt als Ort der Bewegung, Begegnung und Aktivität von Menschen, die gleichberechtigt wahrgenommen werden wollen.

In der Konfrontation mit Menschen, unter deren Lächeln die Angst davor, verraten zu werden stand, galt es zunächst hinzuhören. Jenes Hinhören scheint mir das wichtigste Instrument bei der Darstellung von Armut zu sein.

Tags darauf traf ich die Frauen nochmals beim Betteln in den U-Bahnstationen. Diesmal ohne Dolmetscherin und im öffentlichen Raum. Hier fühlte ich mich in manchen Momenten unbehaglich. Öffentlich ausgesetzt zu sein, machte die Situation viel unruhiger. Ich spürte, dass ich ihre Arbeit störte, wenn ich mich nicht so unsichtbar wie möglich machte. Ich versuchte schnell zu arbeiten. Die Dynamik der Situation widersprach jener zuvor total. In der Wohnung versuchte ich nur langsam sichtbar zu werden, um nicht zu stören, im öffentlichen Raum hingegen war es ein hastiges Unsichtbarmachen. Dennoch – auch der Geste des Bettelns sollte ihre Würde zurückgegeben werden.



Bernhard Kummer arbeitet als freischaffender Fotograf in Wien
Illustration: Petja Dimitrova

world

Musik der Welt

Sara Tavares Mo, 3. März

**Frank London's
Klezmer Brass All Stars** Fr, 14. März

Yasmin Levy Do, 3. April

**The Gypsy Queens and Kings
Fanfare Ciocarlia, Esma Redzepova u.a.** So, 4. Mai

Habib Koité & Bamada Mi, 4. Juni

242 002 · www.konzerthaus.at

Medienpartner



wiener  konzerthaus



Die Wiener
Volkshochschulen

www.vhs.at | Wir wissen weiter.



[Von der Muse geküsst!]

Große Leuchte.

Mario Schleinzer, freischaffender Künstler: „Unabhängig von Herkunft, Religion oder Hautfarbe finden die Menschen an den Wiener Volkshochschulen über ihre gemeinsamen Interessen zueinander. Das ist gelebte Integration und befruchtet in der gemeinschaftlichen Arbeit und Entwicklung. Das gilt auch für mich als Unterrichtenden.“



Wir freuen uns
auf die Europameisterschaft

➔ www.vhs.at ☎ 01/893 00 83